

# Sattler-Zeitung

Nr. 24.

Berlin, den 30. November 1901.

15. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.  
Bezugspreis 60 Pfg. pro Vierteljahr durch  
die Post (Postliste Nr. 6696)  
80 Pfg. bei Ausendung unter Streifenband.

Redaktion und Verlag:  
Joh. Jassenbach, Berlin S.O., Engel-Ufer 15.  
Fernsprech-Nummer: Amt VII, 783.

Inserate die 3 gespaltene Nonpareille-  
Zeile 20 Pfg.;  
bei Wiederholungen bedeutende  
Ermäßigung.

## Inhalt.

Zur Arbeitslosigkeit der Militärsattler. — Wandernde Bibliotheken. — Die Zukunft des Automobils. (Schluß.) — Vereinstheil. — Eingekandt. — Sozialpolitik. — Gewerkschaftliches. — Vermischtes. — Bücherchau. — Briefkasten. — Adressen und Verkehrsnotale. — Anzeigen.

## Achtung! Kollegen! Achtung.

Zureisende Kollegen haben sich vor Annahme von Arbeit bei dem betr. Vertrauensmann zu erkundigen ob und wo am Orte gekreist wird resp. ob eine Werkstelle gesperrt ist.

### Gesperrte Werkstellen:

Mannheim. Hofwagenfabrik Menold.  
Hrn. Tischlerei Mehle Johann Fröhlich.

## Zur Arbeitslosigkeit der Militärsattler.

Die Arbeitslosigkeit, welche fast in allen Gewerben vorhanden ist, hat in den letzten Monaten auch bei den Militäreffektensattlern immer größere Dimensionen angenommen. Während in der Zeit von Januar bis Mai d. J. etwa 700 Sattler in den Berliner Militäreffekten-Fabriken beschäftigt wurden, zählt man jetzt nicht einmal 200 heraus.

Die Ursachen dieser Arbeitslosigkeit liegen wesentlich anders, als bei anderen Gewerben, da hier die Militärbehörden als Hauptauftraggeber fungieren. Die Militäreffektensattler haben zu wiederholten Malen versucht, die Behörden zu bewegen, in den Verträgen Bestimmungen aufzunehmen, welche das Zwischenmeister-System sowie die Heimarbeit verbieten, jedoch vergebens; wieweit nun diese beiden Faktoren beitragen, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter immer mehr zu drücken, davon ein Beispiel.

Die königliche Artilleriewerkstatt in Spandau sah sich veranlaßt, einen großen Posten Arbeit, welchen sie ohne Arbeiterinstellungen (?) nicht selbst bewältigen konnte, an Unternehmer zu vergeben. Einige Berliner Fabrikanten, welche sich an diesen Submissionen beteiligten, erhielten nichts, weil sie wohl mit Löhnen gerechnet hatten, welche einigermaßen als zufriedenstellend zu betrachten sind; nur ein einziger, Herr Pregel, erhielt einen Teil davon, das übrige erhielten einige Spandauer Sattlermeister und der Regimentsattler des 2. Garde-Dragoer-Regiments, und zwar zu Preisen, welche theilweise unter die von der Artilleriewerkstatt an ihre Arbeiter gezahlten Löhne herunterkamen. Die große Arbeitslosigkeit, sowie das Zwischenmeister-System und die Heimarbeit ermöglichten es den Unternehmern, diese Arbeiten zu Preisen herzustellen, welche jeder Beschreibung spotten.

Herr Pregel hat einen ganzen Posten Arbeit (Sattlerarbeiten) dem Zwischenmeister Kumpf überwiesen, welcher dadurch in die Lage kam, sich sogar das Vergnügen zu leisten, eine eigene Fabrikordnung anzulegen; dieser Herr zahlt nun für das Rissen, für welches es bisher 1.85 Mk. gegeben hat, den horrenden Preis von 1.13 Mk. Mit welchem Recht Herr Pregel diesem Herrn Arbeiten in solcher Menge giebt, darüber sprechen wir uns noch an anderer

Stelle, vorläufig ist unser Vertrag noch nicht abgelassen. Oder glaubt Herr Pregel, daß er sein Wort nur dann zu halten braucht, wenn es ihm beliebt oder wenn es seinen eigenen Vortheil gilt?

Die Spandauer Meister sowie der Regimentsattler, Herr Böhme, welche über genügende Arbeitsräume nicht verfügen, bedienen sich ebenfalls des Zwischenmeisters und der Heimarbeit. Hier treten aber noch ganz besondere Schäden der Heimarbeit zu Tage, welche gerade jetzt, angesichts der großen Arbeitslosigkeit unter den Sattlern, kritisiert werden müssen.

Ein Theil der in der Artilleriewerkstatt beschäftigten Sattler übernimmt von den Meistern die Arbeiten, um sie nach Feierabend und Sonntags fertig zu stellen, einzelne sogar solche Mengen, daß sie dieselben nicht allein fertig bekommen, sondern sie wiederum an andere vergeben. Was für Preise schließlich der Arbeiter bekommt, der für diese Zwischenmeister arbeitet, das kann sich jeder selbst ausrechnen, wenn man bedenkt, daß die Preise, welche die Meister zahlen, 25—50 pCt. hinter denen der Artilleriewerkstatt zurückstehen. Und allen diesen Mißständen sehen die Militärbehörden mit größter Ruhe zu. Sie fragen nicht danach, auf welche Art und Weise ihre Arbeiten fertiggestellt werden, sie haben auf die Petitionen der Arbeiter nur eine kurze, ablehnende Antwort, sie glauben, wenn sie ihre Arbeiten an Privat-Unternehmer vergeben haben, jeglicher Verpflichtung haar zu sein. Nein, sagen wir, nie kann es einer staatlichen Behörde, welche Arbeiten aus staatlichen Mitteln ausführen läßt, gleichgültig sein, auf welche Art und Weise dieselben hergestellt werden und ob der Arbeiter seinen Lebensunterhalt dabei verdient. Gerade bei diesen Spandauer Arbeiten ist es nicht möglich, einen Lohn zu verdienen, der zum Lebensunterhalt ausreicht, ein Vegetiren kann man es nur noch nennen; aber die Arbeitslosigkeit, sie treibt die Arbeiter dazu, daß sie noch mit Bier über diese Arbeit herfallen, und wohl demjenigen, der noch etwas erhascht, er kann doch noch am Sonnabend ein paar Mark nach Hause bringen. Jedoch die anderen, welche keine Arbeit bekommen haben, sie gehen noch gedrückter als zuvor zurück, um nachzudenken über den Kontrast zwischen den in der Artilleriewerkstatt Beschäftigten und den Arbeitslosen.

Hier der in auskömmlichen Verhältnissen Lebende, den nur die Bier nach dem Wammon dazu treibt, noch nach Feierabend zu arbeiten, und der dadurch dem Arbeitslosen die Arbeitsgelegenheit raubt, — dort der Arbeitslose, der aus Hunger, aus Noth diese so gering bezahlte Arbeit den noch machen möchte, sie jedoch nicht erhält!

Hat denn die Direktion der königlichen Artilleriewerkstatt keine Ahnung von diesen Mißständen, hat sie nicht die Befugniß, dieses abzuändern, oder fehlt es ihr am guten Willen? Es ist nicht das erste Mal, daß über diese Mißstände geschrieben wird, und wir werden auch nicht eher ruhen, bis dieselben abgestellt sind. Wir werden dafür Sorge tragen, daß diese Mißstände bei den Staatsberatungen im Reichstag zur Sprache kommen.

A. H.



## Wandernde Bibliotheken.

Eine eigenartige Neuerung hat die englische Fabian Society vor kurzem eingeführt, nämlich wandernde Bibliotheken, die an sozialistische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Vereine verschickt werden. Man hat vorläufig hundert Bächerlisten angefertigt, von denen jede 20-30 Bücher nationalökonomischen, geschichtlichen, sozialistischen, gewerkschaftlichen u. Inhalt umfaßt. Der Inhalt der einzelnen Bächerlisten ist selbstverständlich verschieden.

Für einen Jahresbeitrag von sechs Mark hat eine Organisation das Recht, jederzeit eine Bächerliste mit Inhalt am Orte zu haben; die Liste wird vierteljährlich gewechselt, so daß im Laufe des Jahres der betreffende Organisation zirka 100 Bücher verschiedenen Inhaltes zum Ausleihen an die Mitglieder zur Verfügung stehen; das nächste Jahr bringt wieder neue Bücher, jedoch auch der eifrigste Leser stets im Stande ist, aus einer Anzahl noch nicht gelesener Bücher seinem Geschmack entsprechend zu wählen.

Die Bächerliste wird den Organisationen frei zugesandt, doch besteht die Verpflichtung, sie frei an die nächste von der Fabian Society angegebene Adresse weiterzusenden. Bei der Witterung muß der Inhalt der Liste lückenlos zur Stelle sein, ein Zurückbehalt einzelner Bücher ist verboten.

Diese Einrichtung ist wertvoll, von den deutschen Gewerkschaften nachgeahmt zu werden, man könnte dadurch mit verhältnismäßig geringen Mitteln dem gegenwärtigen Bibliothekenselbst feuern. Wie sehen die heutigen Gewerkschaftsbibliotheken aus? Meistens elend. Bei der Gründung wird eine mehr oder weniger kleine Summe zur Verfügung gestellt und eine Bibliotheks-Kommission, die nur wenig literarische Kenntnisse hat und haben kann, geht einzukaufen; da wird zuerst das allgemeine Nützliche und, wenn dann noch Geld vorhanden ist, das Billige eingekauft. Dadurch, daß zuerst die „üblichen“ Bücher angeschafft werden, gleichen sich die Bibliotheken wie ein Ei dem andern. Fast überall findet man die Darwin'sche Theorie, Welterschöpfung und Untergang, Thomas Mores, Ursprung der Familie, französische Revolution, Deutsche Revolution, Pflanzenwelt, Tierwelt; gewerkschaftliche Bücher, von denen besonders in der letzten Zeit manche gute erschienen sind, findet man seltener. Es liegt mir selbstverständlich fern, gegen die Anschaffung der oben genannten guten Bücher etwas einzuwenden, sie gehören in eine gewerkschaftliche Bibliothek; ich bedauere aber den leistungsfähigen Kollegen, der bei seinem Aufenthalt in verschiedenen Verwaltungsstellen meistens nur die ihm längst bekannten Bücher vorfindet.

Mit der Ergänzung der vorhandenen Gewerkschaftsbibliotheken hapert es auch, erfens weil es an Geld und zweitens weil es an Sachkenntnissen mangelt; sieht einmal etwas Geld zur Verfügung, so wird ohne große Wahl das noch fehlende „Nützliche“ angeschafft, das oft sehr wertvolle Neue, besonders wenn es in einem bürgerlichen Verlage erschienen ist, wird vollständig bei Seite liegen gelassen.

Hier könnte eine Nachahmung der von der Fabian Society getroffenen Einrichtung Abhilfe schaffen. Wenn wir zum Beispiel in unserer Organisation vorläufig zehn Bächerlisten mit sorgfältig ausgewähltem Inhalt anschaffen, die jährlich durch zwei bis drei die besseren Neuerungen der antiken Listen vermehrt würden, so könnten wir bald dem schlimmsten Mangel abhelfen, und wenn die Einrichtung allgemeinen Anklang fände, läme es auch nicht darauf an, noch einige Listen mehr anzuschaffen, denn das dafür ausgegebene Geld kann nicht nutzbringender angelegt werden; zudem werden die Verwaltungsstellen nicht mehr gedrängt sein, weitere Bücher für ihre eigenen Bibliotheken, die insofern ihrer Einseitigkeit wenig benutzt werden, auszugeben.

Die Listen wären so herzustellen, daß sie als abschließbare, bequem zu benutzende Schränke dienen können. Bei der Auswahl der Bücher wäre auf das Unterhaltungsbedürfnis die größte Rücksicht zu nehmen; gute Romane dürften in keiner Liste fehlen. Neuerscheinende Bücher, deren Inhalt eine halbige Verbreitung wünschenswert macht, wären in mehreren Exemplaren anzuschaffen und in einzelne bereits im Verkehr befindliche Listen nachträglich einzureihen.

Ich möchte die Verwaltungsstellen bitten, über den hier vorliegenden Plan in ihren Versammlungen zu beraten und mitzugeben, ob sie bei Zahlung von sechs Mark pro Jahr gewillt sind, sich an der „Wandernden Bibliothek“ zu beteiligen. Der Zentralvorstand wird dann in der nächsten Zeit dazu Stellung nehmen, so daß noch in diesem Winter mit der Verschickung begonnen werden könnte. Auch hätten sich die Verwaltungsstellen darüber auszusprechen, ob der vierteljährlichen Umwechsellung eine halbjährliche vorzuziehen ist.

J. o. H. S a s s e n b a c h.

## Die Zukunft des Automobils.

Von Emil Capitaine (Frankfurt a. M.)

(Aus der „Frankfurter Zeitung“.)

(Schluß.)

Der Umstand, daß man beim Automobil zudrückt auf eine schnellgehende Gasmaschine angewiesen ist, wird stets eine Unvollkommenheit bleiben. Indessen läßt sich hier ein Mittelweg einschlagen, indem man die Nachteile der langsamgehenden Gas-

maschine in Anwendung auf Automobile mit denen der schnelllaufenden Rotore halb und halb in Kauf nimmt und ferner die Rotore ganz besonders für raschen Gang konstruiert, d. h. sehr breite Lager, lange Pleößen und Pleößen, gute Schmierung u. s. w. anwendet. Die Pleößen, welche die Mehrzahl der Erbauer von Automobilen gegen diese aus der Natur der Sache sich von selbst ergebenden Vorschriften begehen, erscheinen dem Rotoren-Fachmann geradezu ungeheuerlich, und ganz besonders erregt es das Brauen eines solchen, wenn die Wasserkühlung des Rotorzylinders fehlt. Die auf diese Art mißhandelten Rotore laufen allerdings und sind billig. Man will ein wohlfeiles, leichtes Gefährt, das möglichst rasche Fahrt macht. Der Käufer eines solchen Fahrzeuges entdeckt leider stets zu spät die Mangelhaftigkeit des Kaufobjektes.

Betrachtet man die Automobile als Sportgegenstand, so ist gegen die Anwendung dertartiger verfehlter Methoden nicht viel zu sagen. Wie lange ein solches Fahrzeug brauchbar bleibt und wieviel der Betrieb und die Instandhaltung kostet, kümmert den Sportsman wenig; der anfängliche Enthusiasmus hilft über die ärgerlichen Schereereien mit Motor und Pneumatik hinweg, und wenn das Fahrzeug nach 500- oder bestenfalls 1000stündigem Betrieb einer gründlichen Reparatur bedarf, oder in Zeitungen ausgeboten erscheint, dann rechnet sich der Besitzer die 500 oder 1000 Stunden in Kilometerfahrt um und findet, daß es doch eigentlich eine erstaunliche Leistung war, daß das Ding 10 000 oder gar 20 000 Kilometer zurückgelegt hat. Dem Fachmann dagegen erscheint ein solche Leistung lässlich. Ein solid gebauter Gasmotor arbeitet 10 000 Stunden ohne jede Reparatur, und seine Lebensdauer erreicht größtenteils 80 bis 40 000 Arbeitsstunden. Ein solcher Motor auf ein Fahrzeug gesetzt, das nur 10 Kilometer Fahrt per Stunde macht, würde bis zu seiner Unbrauchbarkeit wenigstens 800 000 Kilometer zurücklegen können. Da der Motor in Anwendung auf Automobile stets höhere Tourenzahlen haben muß, so ist eine derartige Banglebigkeit desselben allerdings nicht zu erwarten. Indessen kann man eine bedeutend größere Haltbarkeit, vor allem eine größere Betriebssicherheit, größere Dehnbarkeit im Brennstoffverbrauch und geringeren Geräusch der Abgabe erreichen, wenn man jenes unsinnige Hochreiben der Tourenzahl vermeidet und diese 350-400 in der Minute nicht überfordert läßt. Durch zweckmäßige Konstruktion lassen sich zweifellos auch bei dieser verhältnismäßig niedrigen Tourenzahl Gewicht und Erschütterungen des Motors so vermindern, daß man noch ein relativ leichtes Gefährt erhält. Man muß hier berücksichtigen, daß, sobald man keine größere Fahrgeschwindigkeit als 15-20 Kilometer verlangt, die Kraft des Motors und demgemäß Gewicht und Größe desselben erheblich geringer sein kann als bei den heutigen Motoren.

Eine weitere Unvollkommenheit besteht in der Kühlung des Rotorzylinders. Die zur Abführung der Wärme dienenden Kühlrohre sind für den guten und rationalen Betrieb eines Motors ungenügend, besonders im Sommer und dann, wenn der Wagen mit dem Winde, anstatt gegen ihn fährt. Im Winter friert das Wasser bei geringer Unachtsamkeit ein, und es werden die Rotore und Maschine zerstört. Hier möchte eine Flüssigkeit mit tiefer Gefrierpunkttemperatur und ein Ventilator für die Luftkühlung angewendet werden, wozu die Schwungräder auszubilden wären, deren Massen übrigens auch Kühlrohre darstellen könnten.

Die Schmierung der gleitenden Flächen ist eine unumgängliche, unrationale und erfordert dazu noch hohe Aufmerksamkeit. Bei Ralte ist die Schmierung wegen der Dickflüssigkeit des Öls recht unsicher. Man hat für andere Zwecke bereits Zentralöler angewendet, die das Öl von einem Punkte aus in den nötigen Quantitäten selbstständig den einzelnen zu schmierenden Stellen unter Druck zuführen, ohne daß irgend welche Bedienung, ja nicht einmal ein An- und Abstellen nötig ist. Indessen sind diese Vorrichtungen bei Automobilen bis heute noch nicht zur Anwendung gelangt. Durch sie aber wären alle jene Unvollkommenheiten und die damit zusammenhängenden Schereereien beseitigt.

Das notwendige exakte Nachsehen der Lager erfordert eine nicht geringe Sachkenntnis, und die geringste Unachtsamkeit hierbei kann ein Heißlaufen der Lager oder ein Auseinanderfliegen und die Zerstörung der Hauptorgane des Motors zur Folge haben. Die Konstruktion der Lager muß derart sein, daß jenes Auseinanderfliegen ausgeschlossen und die besagte besondere Sachkenntnis beim Nachsehen überflüssig ist.

Die Zufuhr des Benzins möchte nicht von der variablen Verdunstbarkeit desselben abhängig gemacht sein, die ein Hauptpunkt der Aufmerksamkeit des Wagenführers ist. Vielmehr möchte, wie dies bei stationären Motoren bereits der Fall ist, das Benzin durch Pumpe in genau abgemessenen Quantitäten der Maschine sicher zugeführt und der Gang der Maschine lediglich durch einen gewöhnlichen selbstständigen Geschwindigkeitsregler reguliert werden, der seinerseits wieder in gewissen Grenzen von der Hand verstellbar wäre.

Die schädliche Einwirkung des Straßenstaubes auf die gleitenden Teile erfordert nicht nur eine sorgfältige Enthüllung derselben, sondern auch eine vorherige Filtration der von dem Motor in großen Mengen angezogenen Luft, eine Vorkehrung, die noch bei allen Automobilen fehlt.

Endlich wäre zur Erhöhung der Betriebssicherheit jeder Zylinder mit zwei Pleößenvorrichtungen, statt nur einer solchen, zu versehen.



**Bericht des Agitationskomitees für Sachsen-Mark.**

Zimmer Vorwärts! lautete die Parole, unter der im verfloffenen Halbjahr das Agitationskomitee seine Thätigkeit begann. Zuerst wurden Anknüpfungspunkte in Plauen versucht, diese sind soweit gegeben, daß Ende November dort eine Versammlung abgehalten werden kann. Ein Unglücksneft sondergleichen ist Zeitz. Die Berufliche eine Verwaltungsstelle ins Leben zu rufen, sind gescheitert. Nur 8 Mitglieder sind im Verband aufgenommen. Die Sattler in Zeitz sind auf Kinderwagen beschäftigt. Vor zehn Jahren waren 120 Sattler in diesem Erwerbszweig am Orte beschäftigt. Die Profitgier der Unternehmer, billige Arbeitskräfte zu besitzen, brachte es soweit, daß Mädchen angelehrt und die Sattler dadurch verdrängt wurden. Heute sind noch 40 Sattler in Zeitz beschäftigt. Ihre Lage ist traurig, der Durchschnittsverdienst beträgt 15 M. Fast alle Kollegen haben Nebenberufe, der eine hat eine Kanarienzüchterei, der andere hat einen Produktenladen, der handelt mit Zigarren, jener mit Rohlen. Zeitz hat uns schweres Geiß getostet. Das unterzeichnete Komitee wird keinen Pfennig mehr ausgeben für Zeitz, da es zwecklos ist. Nach Reichenbach i. B. wurde eine Tour gemacht, diese war erfolglos, da nur 2 Kollegen es der Mühe werth gehalten hatten, zu erscheinen. Mit Chemnitz wurden einige Briefe gewechselt, es soll dort im Januar eine Versammlung stattfinden. In Halle wurde eine Versammlung abgehalten, in welcher der Agitationsleiter über das Thema: „Die allgemeine Lage im Sattlerberufe und der Polltarif“ sprach. Zwei Kollegen wurden aufgenommen. Eine große Protestversammlung wurde gemeinsam mit den Buchbindern, Portefeuliers und Schuhmachern in Leipzig abgehalten, die Tagesordnung lautete: Der neue Polltarif und seine Wirkung auf die Existenzbedingungen der Lederarbeiter. Referent war Reichstagsabgeordneter Thiele-Halle. Zu dieser Versammlung waren über 200 Sattler erschienen. Ueber die Schädigung unseres Berufes wurde im Vortrag und der Diskussion folgendes ausgeführt. Jährlich werden für 85 Millionen Mark seine Lederwaren nach dem Ausland exportirt, an Treibriemen 24 000 Zentner im Werthe von 6 Millionen Mark, Sattler- und Täucherwaren wurden ausgeführt 85 000 Zentner für 20 1/2 Millionen Mark. Hunderte von Sattlergehülfen, die auf obige Exportartikel arbeiten, werden arbeitslos, wenn der Deutsche Reichstag den Polltarif annehmen wird. Namentlich sind die Kollegen in Leipzig, Berlin, Offenbach, Dresden, Hannover, wo Reiseeffekten angefertigt werden, an dieser Sache interessiert. Die Folge wird sein, daß dann alles, was in den letzten Jahren durch Tausende von Mark und große persönliche Opfer errungen ist, illusorisch gemacht wird. Die Unternehmer werden die Gelegenheit wahrnehmen und die Löhne noch mehr herunterdrücken. Die Protestversammlung in Leipzig nahm folgende Resolution an und beauftragte das Bureau, dieselbe an den Bundesrat, Reichstag und die sozialdemokratische Fraktion zu senden. Die Resolution hat folgenden Wortlaut: In Erwägung, daß durch die Einführung des am 27. Juli 1901 veröffentlichten Polltarifentwurfs die wichtigsten Lebensmittel, sowie Leder, Gerbstoffe, Seide und Baumwollstoffe in ganz erheblicher Weise belastet werden sollen und in fernerer Erwägung, daß der Zoll auf Roggen, Weizen, Fleisch und Eier einem Einflußverbot gleichkommt, protestiren die angeführten Berufe auf das Entschiedenste gegen die in diesem Polltarifentwurf vorgeschlagenen Bälle. Die Versammlung ist der Ansicht, daß eine künstliche Erhöhung und Vertheuerung unser wichtigsten Lebensmittel eine schwere Schädigung der arbeitenden Bevölkerung bedeutet. In einer künstlichen Erhöhung und Vertheuerung von Leder, Gerbstoffen, Seide und Baumwollstoffe erblickt die Versammlung eine theilweise Vernichtung unserer Industrie. Aus den vom Kaiserlichen statistischen Amt veröffentlichten Zahlen haben wir gesehen, daß im Jahre 1898 allein 81 827 Doppelzentner, 1899 86 861 Doppelzentner und im Jahre 1900 89 008 Doppelzentner seine Lederwaren exportirt worden sind. Im Jahre 1899 betrug der Export 86 288 000 M. Rußland kaufte mehr als ein Drittel der angeführten Quantität. Weiter ersehen wir, daß durch die geplante Erhöhung der Zölle nur ein ganz geringer Bruchtheil der deutschen Bevölkerung einen Nutzen hat, daß dagegen Millionen der deutschen Arbeiter auf das Empfindlichste geschädigt werden, weil durch die Erhöhung von Roggen, Weizen und Gerställen die Absatzgebiete für deutsche Industrieerzeugnisse und speziell für seine Lederwaren, der Reiskoffer, Taschen, sowie Schuhwarenindustrie, gesperret werden. Die natürliche Folge davon würde sein, Vertheuerung der wichtigsten Lebensmittel und Abnahme der Arbeitsgelegenheit, woraus wiederum Noth und Elend entstehen würde. In fernerer Erwägung, daß die Bevölkerung von Leipzig und Umgegend zu einem sehr großen Theil von der Erzeugung von Lederwaren, als da sind: seine Lederbucheinbände und Wappen, Portefeuliers und Ledergeräthearbeiten, sowie Reiskoffer und Schuhwaren, vollständig abhängig ist, verlangen die heute versammelten Buchbinder, Ledergeräthearbeiter, Portefeuliers, Sattler und Schuhmacher zugleich in Wahrung ihrer berechtigten Interessen von dem hohen Reichstag, sowie vom Bundesrat, die vorgeschlagene Einführung und Erhöhung der Lebensmittelszölle und der Zölle auf Gerbstoffe, Leder, Seide und Baumwollstoffe abzulehnen. Die Versammlung protestirt auf das Allerentschiedenste, daß durch

Ist der Motor nach den vorstehenden Gesichtspunkten konstruirt und der Pneumatikreifen befestigt, dann wird man mit größerer Sicherheit fahren, als bei Benutzung von Pferden, und dann wird das Motorfahrzeug eine wirklich praktische Sache zu werden beginnen. Allerdings wäre dann noch eine, und zwar die schwierigste Aufgabe zu lösen, nämlich die Uebertragung der Bewegung des Motors auf die Fahräder. Die Vibrationen der pneumatischen Räder schließen jede vieltheilige Zusammensetzung der Achsen oder die Anbringung von Mechanismen an den Achsen und Rädern aus. Die bisher verwendeten Gelenkfedern zum Antrieb der Fahräder würden durch die Vibrationen, selbst wenn man den Schmutz gänzlich davon fernzuhalten vermöchte, derart beansprucht werden, daß ständige Reparaturen erforderlich wären. Starre, feste Achsen dürften hier überhaupt kaum anwendbar sein. Tauglich erscheint lediglich ein elastisches Band, Nieten oder dergleichen, vorausgesetzt, daß man einen Weg findet, die genügende Adhäsion und einen guten Schutz gegen Schmutz und Feuchtigkeit zu sichern. Der notwendige gleichzeitige Antrieb aller vier Räder hat zwar seine großen konstruktiven Schwierigkeiten, erleichtert aber wesentlich die Aufgabe, das geeignete elastische Uebertragungsmittel zu finden, da die Kräfte, die auf die einzelnen Räder zu übertragen sind, die Hälfte von denen ausmachen, die bei dem heutigen Antrieb von nur zwei Rädern nöthig sind. Auch die Räder würden in jenem Fall weniger in Anspruch genommen. Für die Veränderung des Uebertragungsverhältnisses zwischen Motor und Wagenrädern dürften gut eingepaßte und geschmierte Rädervorlege, die am gefederten Wagen befestigt sind, zur Zeit als das Zweckmäßigste erscheinen, obwohl auch sie noch recht der Verbesserung bedürfen.

Aus Vorstehendem ergiebt sich, daß keine einzige der Aufgaben befriedigend gelöst ist, die bei der Konstruktion eines für den rein praktischen Betrieb geeigneten Automobils in Betracht kommen. Die Schnellfahrten auf Gummirollen und unter Leitung intelligenter Mechaniker sind keineswegs als Beweis für die praktische Brauchbarkeit der heutigen Automobile zu betrachten. Der Grad der Unfertigkeit der letzteren wird zudem durch die Thatfache illustriert, daß heute noch Millionen für Versuche und fortwährende Abänderungen in der Konstruktion seitens der Automobilbauer verausgabt werden. Ist schon insoweit der Bau von Automobilen für die meisten Fabriken ein wenig löhnlicher, so wird er durch die neuerliche Beschränkung in der sportlichen Verwendung und die dadurch bedingten neuen Aufgaben noch undankbarer. Zweifellos hat das Automobil eine große Zukunft; irrig ist indeß die allgemeine Annahme, daß das Stadium des Experimentis überwunden, daß das Automobil bereits den Forderungen des gewöhnlichen Gebrauchs entspricht und mit dem Pferdebetrieb in ernsthafte Konkurrenz zu treten vermöchte. Diejenigen beispielsweise, welche die Zeit der Motorvorsätze als gekommen erachteten, haben schlechte Geschäfte gemacht.

Nachdem nunmehr den Schnellfahrten in der Hauptsache ein Ende bereitet worden, geht man zur Erprobung der praktischen Brauchbarkeit über. Der Automobile Club of Great Britain and Ireland veranstaltete am 2. September eine Wettfahrt für Motorwagen, die, wie es heißt, entgegen anderen ähnlichen Veranstaltungen nicht eine Probe der Schnelligkeit, sondern der Betriebsfähigkeit bilden sollte. Die Geschwindigkeit durfte 16 Kilometer per Stunde nicht überschreiten. Jeder Wagen wurde von einem Aufseher begleitet, der den Grund und die Dauer jeden Anhaltens aufzeichnete. Für die Preisvertheilung waren diese Aufzeichnungen und die Verfassung des Wagens am Ende der Fahrt maßgebend. Für besondere Versuche auf Steigungen waren drei steile Bergstraßen in Aussicht genommen.

**Verband der Sattler und verw. Berufsgeossen.**

**Abrechnung vom 14. bis 28. November 1901.**

Einsendungen von Verwaltungsstellen: Braunschweig 20,—, Gießen 10,—, Stuttgart 30,—, Magdeburg 72,90 M. Summa 132,90 M.

Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern: A. Winkelmann-Galbe 0,50 M.

Beiträge von Einzelmitgliedern: G. Jonschel-Petne 4,—, D. Marowski-Gelle 1,40, O. Engelmann 3,40, A. Liborius 1,80, Woldberg, (M. Winkelmann 0,80, W. Strube 0,80, Galbe), S. Stehm-Gärtnersdorfe 3,—, M. Tausch-Schwepnit 2,40, F. Schlangen-Santum 5,—, G. Bauer-Schnaitze 1,40, (M. Pluder 2,00, H. Geisowski 2,60, Straßburg), G. Benz Flön 1,—, E. Brode-Rabowitz 2,—, M. May-Mittweida 3,—, P. Harß-Detmold 1,—, E. Wängel-Baden-Baden 2,20, B. Weigel-Lorgau 4,20, E. Seiblich-Einbeck 3,40, M. Scheur-Neumannstern 5,—, M. Schöbel-Waunfried 1,80, N. Jenken-Rubenthal 5,—, W. Ebert-Düsseldorf 2,20 M. Summa 60,30 M.

Den Einzelmitgliedern zur Nachricht, daß vom 1. Januar 1902 an der Beitrag pro Woche 25 Pf. ausmacht.

Georg Staudle, Hauptkassier.

Berlin 80.

Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus.



die geplante Preissteigerung unsere wichtigsten Lebensmittel, sowie der zur Fabrikation notwendigen Rohstoffe, ein kleiner Interessentenkreis sich auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung bereichern will. Die Versammlung wird beauftragt, diese Resolution den zuständigen Körperschaften zu übermitteln.

Dieses ist bereits geschehen, Pflicht der Kollegen in den übrigen Städten ist es, ein Gleiches zu thun, um der Sache mehr Nachdruck zu geben. Bemerkenswert sei noch in diesem Agitationsbericht, daß die 120 Mk., die seiner Zeit dem Agitationsleiter G. durch die Hände gegangen sind, zurückerstattet wurden. Im nächsten Halbjahr sollen die Städte Zwickau, Altenburg, Gera und Otschka vorgenommen werden und hoffen wir, im nächsten Bericht ein besseres Resultat zu geben.

Die Abrechnung vom Berichtshalbjahr stellt sich wie folgt:

**Abrechnung vom Berichtshalbjahr 1901.**

**Einnahme:**

1. April Bestand	123,27 Mk.
30. " 1. Quartal 1901	44,50 "
7. Aug. 2. " 1901	44,40 "
	<b>Summa 212,17 Mk.</b>

**Ausgabe:**

1.-30. April Ausgaben des früheren Agitationsleiters	9,16 Mk.
Garte	50 —
20. Juni für die Streikenden bei Vippold-Dresden	12,50 "
26. " Typen-Druckerei	31,50 "
7. Aug. 850 Plakate	4, —
7. " 1 Inserat in der Volkszeitung	6,75 "
7. " 400 Fragebogen	6,60 "
24. " Tour Busch und Pönik nach Zeitz	13,65 "
8. Sept. Ausflug nach Zeitz	3,40 "
20. " Tour Garte nach Zeitz	8,60 "
22. " Tour Busch nach Reichendach	2, —
25. " Sächsisches Vereinsgehebuch	5,68 "
30. " Porto und diverse Ausgaben	5,25 "
30. " Entschädigung für stattgefundene Sitzungen	53,08 "
Bestand am 30. September	<b>Summa 212,17 Mk.</b>

Heinrich Busch, Agitationsleiter.

Revidiert und für richtig befunden:

Otto Berthold, Oswald Pönik, Fritz Spitzer.

**Die Provinzial-Konferenz für Brandenburg**

findet am 26. Januar 1902 in Berlin, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, statt.

Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht der Agitations-Kommission über ihre Thätigkeit.
2. Bericht der einzelnen Filialen.
3. Organisation, Agitation.
4. Presse.
5. Anträge.
6. Verschiedenes.

A. f. je 100 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen, Filialen unter 100 Mitglieder entsenden ebenfalls einen Delegierten. Sollten Delegierte zu irgend einem Punkte ein Referat übernehmen wollen, so bitte mir dies mitzutheilen.

Mit kollegialem Gruß

J. A.: Georg Standt  
Engel-Ufer 15.

**Agitations-Komitee für Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Hamburg und Lübeck.**

Einkladung zur Konferenz in Uetersen im Lokale des Herrn Otto Wader, Gr. Sand 105, am Sonntag, den 5. Januar 1902, Vormittags 11 1/2 Uhr.

**Tagesordnung:**

1. Bericht des Agitationskomitees.
2. Bericht der Delegierten.
3. Wie betreiben wir am zweckmäßigsten die Agitation in unserem Bezirke?
4. Wie agitieren wir für unseren Arbeitsnachweis?
5. Verschiedenes.

Die Filialen werden ersucht, sich auf dieser Konferenz durch Delegierte vertreten zu lassen, und hätten sich dieselben mit Material zu dieser Tagesordnung zu versehen. Die Kosten hat jede Filiale selbst zu tragen.

Einzelmitglieder, welche an der Konferenz teilnehmen wollen, thun dieses auf eigene Kosten.

Die Einzelmitglieder, an welche in letzter Zeit Fragen über örtliche Verhältnisse u. dergl. gestellt worden sind und diese noch nicht beantwortet haben, möchte ich ersuchen, dieses in nächster Zeit zu thun, da uns an diesem Material sehr viel gelegen ist.

Mit kollegialem Gruß

H. v. B. Stehls, Obmann  
Hamburg VI, Delmühle 80, II links.

Auf Beschluß des Agitations-Komitees für Hessen und Nassau (H.N.) findet am Sonntag, den 16. Februar 1902, Vormittags 1/2 10 Uhr, im Gewerkschaftshause zu Offenbach am Main, Kufstraße 26, eine Konferenz sämtlicher Filialen des Bezirkes statt, zu der auch die Filialen Kaiserslautern, Karlsruhe, Rastatt, Mannheim und Stuttgart eingeladen sind.

Die Tagesordnung ist folgende:

1. Bericht des Agitationskomitees.
2. Bericht der einzelnen Delegierten mit Berücksichtigung der Reiseartikel-Branche und der jetzigen Krisis.
3. Agitation. (Die Eintheilung unseres Verbandes in Gaue, mit Berücksichtigung des Vorschlages vom Agitations-Komitee Südbayern in Nr. 22 vom 12. November d. J. unserer Zeitung.)
4. Anträge und Verschiedenes.

Da die Tagesordnung für die weitere Entwicklung unseres Verbandes von Wichtigkeit ist, ersuchen wir die Filialen des Bezirkes hauptsächlich die oben angeführten, für welche die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung besonders in Betracht kommen, Stellung zu nehmen und die Konferenz recht zahlreich zu besenden; jedoch müssen die Delegierten Mandate erhalten. Zum Punkt 3 der Tagesordnung ist ein Referent bestellt. Die Kosten der Delegation tragen die einzelnen Filialen.

Das Agitations-Komitee  
für Hessen und Nassau (H.N.).  
J. A.: Karl Schneider.  
Offenbach a. Main, Feldstr. 19, II.

Berlin I. Am 16. November fand die regelmäßige Mitglieder-versammlung statt. Genosse Jahn sprach über "Das Recht auf Arbeit". Unter Verschiedenes ersucht Kollege Ehrenowitsky um sorgfältige Ausfüllung und Benutzung der Wohnkarten. Kollege Hagemann ersucht die arbeitslosen Mitglieder, sich an der diesbezüglichen Versammlung rege zu beteiligen. Auf Anregung des Vorstandes wird Kollege Niesfeld nach § 8 Abs. b und c des Statuts nach Klarlegung des Sachverhalts auf Antrag Ehrenowitsky gegen eine Stimme ausgeschlossen. Betreffs Verlegung des Versammlungstages wird, nachdem hierüber verschiedene Ansichten geäußert waren, ein Antrag gegen 8 Stimmen angenommen, den Sonnabend wie bisher beizubehalten. Hierauf wird ein Zirkular des Gesangsvereins verlesen, worin der Wunsch geäußert wird, daß sich stimmbegabte Kollegen zur Aufnahme melden möchten. Der Kassirer ersucht die länger arbeitslosen Kollegen, daß sich selbige bei ihm melden, um den Ausschluß zu vermeiden, im Ferneren ersucht er die Kollegen, wo es möglich ist, die Prinzipale auf das aktuellstende Flugblatt betreffs der Zwangs-Zunungsstaffe aufmerksam zu machen.

**Berlin IV. Abrechnung der Lokal-Kasse:**

**Einnahme:**

Bestand vom vorigen Quartal	716,78 Mk.
Erhoben von der Dresdener Bank	650, —
Warten-Verkauf	527,20 "
	<b>Summa 1894,98 Mk.</b>
<b>Ausgabe:</b>	85,50 "
	<b>Bestand 1809,48 Mk.</b>
Angelegt auf der Deutschen Bank	1750, —
Baarbestand in Händen des Kassirers	58,48 Mk.

Berlin, den 2. November 1901.

Franz Nielebock, Kassirer.

Geprüft und richtig befunden:

Herm. Krüger, Herm. Schöbel, Revisoren.

Dresden. Am 26. Oktober fand eine öffentliche Militär-effekten-Sattler-Versammlung statt. Da aber die Versammlung so schwach besucht war, mußte der Vortrag unterbleiben. Die Abrechnung vom 3. Quartal wurde für richtig befunden. Nun brachte Kollege Sigismund den Bericht von der Militär-effekten-Konferenz in Berlin, wußte aber leider nicht viel zu berichten, weil die Konferenz überhaupt nicht stattgefunden.

Zu diesem Punkt sprachen noch Koll. Härtel und Gehrke, sie tadelten das schlechte und schaffe Verhalten der Fabrikanten und Militär-sattlern gegenüber; der Tarif sollte schuld daran sein, aber man kennt ja die Ausrede dieser Herren. Jetzt werden wohl die Militär-effekten-Sattler einsehen, wozu sie gehören, in die Organisation, in die Versammlung, damit wir den Fabrikanten gegenüber eine Macht bilden, womit die Herren später zu rechnen haben, damit uns nicht wieder die Thür gezeigt wird. Aber es scheint eine große Flaubeit unter den Kollegen zu sein, das zeigt der schlechte Besuch der Versammlung.

Mit der Aufforderung, die Versammlungen besser zu besuchen, zu organisieren und zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Dresden. Öffentliche Sattler-Versammlung am 2. November. Ueber die modernen Rechtsbegriffe der bürgerlichen Gesellschaft mit besonderer Berücksichtigung der Handhabung des Koalitionsrechtes sprach Genosse Friede. Kollege Lux gab die Abrechnung des dritten Quartals. Im Gewerkschaftlichen entspinnt sich eine lebhaft Debatte über die Firma Vippold. Besonders zu kritisieren ist das Verhalten des Nachmittagsführers Pfeischer, welcher sich als Arbeitsvermittler der Firma Vippold aufspielte.



**Dresden.** Eine öffentliche Versammlung fand am 16. November im Birnischen Hof statt. Genosse Baummeister hielt einen interessanten Vortrag über das Thema „Volkshildung in ihrer Bedeutung für die stützende Entwicklung des Volkes“. Seine vorzüglichen Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Im Gewerkschaftlichen wird folgende Annonce der „Neuesten Nachrichten“ verlesen: Junger Sattler, schwacher Mensch, zur Aushilfe gesucht Oppelt. 19.

Jedenfalls will der betr. Meister Marks einen solchen auch danach bezahlen. Hierauf wurde über die Behandlung der vom Gewerkschaftskartell an die Stadtvertretung gerichteten Petition betr. Nothstandsarbeiten eine scharfe Kritik geübt. Von mehreren Rednern wurden die Ausführungen des antisemitischen Stadtverordneten Lebercht Hartwig von Unterkors hervorgehoben, die beweisen, daß er gar wenig Verständnis für soziale Bestrebungen hat. Nachdem noch Kollege Duz erklärte, daß er die letzte Abrechnung nicht eher machen konnte, da Sassenbach die Formulare nicht sandte, wird die Versammlung mit dem Hinweis, nächstens pünktlich und zahlreich zu erscheinen, um 11 Uhr geschlossen. (Die Abrechnungs-Formulare werden gleichzeitig an alle Verwaltungsstellen gesandt.)

**Waldorf.** Am Sonntag, den 17. November, fand hier nach langer Zeit eine öffentliche Sattler-Versammlung statt. Der Referent Koll. Berweis erlebte die sich seiner Aufgabe in sehr gebieterischer Weise, wofür ihm die Anwesenden durch Beifall dankten. Die Diskussion war eine lebhafteste und behandelte zwei Punkte: 1. Ist es möglich, hier am Ort eine Filiale zu gründen, die für die Zukunft auch lebensfähig ist? 2. Sollen wir uns dem Tapezierer-Verband anschließen? Trotz der sachlichen Diskussion konnte man zu keinem bestimmten Schluß kommen. Es wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Beantworte, einen Vertrauensmann zu wählen, der die weitere Agitation unter den Sattlern leitet und zu nächstem Sonntag die Kollegen zu einer zwanglosen Zusammenkunft einladet.“

Als Vertrauensmann wurde Kollege Kimmel gewählt. Die anwesenden Kollegen verschoben ihren Beitritt bis nächsten Sonntag. An der Diskussion beteiligten sich: Genossen Schneider und Pfeffer, Koll. Berweis, Kimmel, Knoop und Schöning, sowie einige Tapezierer.

Anwesend waren 38 Personen, davon waren 14 Sattler. Zum Schluß wurden die Kollegen nochmals ermahnt, mehr wie bisher für unsere Sache einzutreten und das heute Versprochene zu halten.

Am Sonntag, den 24. November, Vormittags hatten sich die Sattler zu einer zwanglosen Besprechung eingefunden. Kollege Berweis erschien leider wieder mit Verspätung. Auch war ein Vertreter der Tapezierer erschienen. Man besprach die in der Versammlung aufgeworfenen Fragen und kam dahin überein, daß sich die Sattler dem Sattlerverband anschließen sollten, auch wenn wir noch nicht im Stande sind, eine Filiale zu gründen. Der Vertreter der Tapezierer sprach für den Anschluß an den Tapezierer-Verband, da demselben schon 8 Sattler angehörten, jedoch wurde dieses von den Anwesenden abgelehnt. Man kam ferner dahin überein, daß wir uns alle 14 Tage an dem Tage, an dem unsere Zeitung erscheint, in einer Zusammenkunft, wie die heutige, treffen wollen, dies wurde allerseits bekräftigt.

Auch heute verschoben einige Kollegen ihren Beitritt auf nächsten Sonntag, 4 traten bei.

Vor dem Auseinandergehen ermahnte Kollege Berweis die Anwesenden zu festem Zusammenhalten, und ein jeder Einzelne muß es für seine Pflicht halten, für das weitere Gelingen des Verbandes zu sorgen.

**Gleichen.** Am 16. d. Mts. fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt, welche gut besucht war. Das beschlossene Programm wurde ausgeführt, da uns kein Saal zur Verfügung liegt. — Unsere Delegierten vom Gewerkschaftskartell stellten die Frage, wie wir uns zum Bau eines Gewerkschaftshauses stellen, und machten den Vorschlag, wie es im Kartell vorgeschlagen war, Coupons à 1 Mark auszugeben. Dieses wurde aber von der Versammlung unter Hinweis auf die hiesigen Verhältnisse abgelehnt, worauf der Antrag gestellt wurde, Coupons à 5 oder 10 Bl. auszugeben und dieses bei der nächsten Kartellung zu berichten.

**Wittenberg.** Am 10. November fand in der „Pöbnerhalle“ eine öffentliche Sattler-Versammlung statt, zu der von Seiten des Hauptvorstandes der Kollege H. Hoffmann-Berlin als Referent angeladigt war. Wie groß war das Erstaunen des Einberufers, als er am 9. November vom Kollegen Sassenbach die Mitteilung erhielt, die Tour sei aufgegeben, er möchte zusehen, daß er einen anderen Referenten bekomme. Als nach der Eröffnung der gut besuchten Versammlung diese Mitteilung verlesen wurde, ließen sich recht viele spöttische Bemerkungen hören, wie: Denken die Berliner, wir können allein keine Versammlung abhalten! Die Versammlung mußte also auf den Vortrag verzichten, änderte ihre Tagesordnung in folgende Punkte um: I. Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission. II. Welche Lehren ziehen wir aus der gescheiterten Tarifkonferenz? III. Vergleichendes. Den Bericht über den Arbeitsnachweis gab der Kollege Vorwärts. Derselbe theilte mit, daß wir mit der Errichtung des Arbeitsnachweises einen guten Griff gethan hätten, indem

es uns durch denselben möglich geworden, Fühlung in der Provinz zu bekommen, sowie einen Ueberblick über die Lage des Arbeitsmarktes zu erhalten. Mit der Lage des Arbeitsmarktes der letzten 6 Monate (seit Bestehen des Nachweises) können wir zufrieden sein, die Stellenangebote hätten die Nachfrage bedeutend überstiegen. Nur sei zu verurtheilen, daß die hiesigen Arbeitgeber den Nachweis so wenig benötigten. In diesen Bericht schloß sich eine lebhafteste Diskussion, welche den Erfolg hatte, daß beschlossen wurde, an die Innung den Antrag auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises zu stellen. Darauf hielt Kollege Brade ein Referat zum 2. Punkt. Derselbe besprach die Bestrebungen der Tarifkommission, einen für ganz Deutschland geltenden Lohnzettel einzuführen, daß bei vielen die Hoffnung erweckt worden sei, die in die Brüche gegangene Konferenz werde dazu beitragen, diesem Ziele näher zu kommen. Der Ausgang habe aber bewiesen, daß wir in unserem Verufe noch weit davon entfernt seien, zu Tarifgemeinschaften zu kommen. Tarifgemeinschaften kämen nur da zustande, wo die Arbeiter der Macht des Unternehmertums eine gleiche Macht, durch die Kraft ihrer Organisation, entgegenstellen könnten. Deshalb sei es Pflicht eines jeden Kollegen, sich der Organisation anzuschließen, Pflicht eines jeden Organisirten sei es, den Organisationsgedanken in immer weitere Kreise der Kollegen zu tragen, denn nur durch die Macht der Organisation könnten die jetzigen elenden Zustände gebessert werden. Hieran schloß sich eine kurze Diskussion, welche sich hauptsächlich um die Schädlichkeit des gewohnheitsmäßigen Alkoholgenußes drehte. Unter dem 8. Punkt kam dann die Fragestellung des Kollegen Biele zur Sprache. Derselbe ist seit einigen Jahren in der Waggonfabrik Steinfurt beschäftigt. Seit Jahren hat sich der Verband abgemüht, die dort beschäftigten Kollegen zum Eintritt zu gewinnen. Jedoch immer vergebens, bis in diesem Frühjahr eine lebhafteste Arbeitsperiode eintrat, welche auch einige Verbandsmitglieder in die Fabrik brachte. Im Nu war auch nun die große „Zufriedenheit“ zum Teufel. Einige Verbands-Versammlungen genühten und die große Mehrzahl der dort Beschäftigten waren Mitglieder. Ein Ereignis, was der Herr Werkmeister Rüdiger sich nicht hatte träumen lassen. Zuerst glaubte er durch die Entlassung unseres Kassiers, Kollegen Banse, den ins Rollen gerathenen Stein aufzuhalten. Jedoch vergebens. Da fügte es sich denn, daß irgend ein Lieb Kind ihm am 9. November die Mitteilung machte, daß Kollege Biele in der Werkstatt die Einladungen zur Versammlung an die Kollegen vertheilt und diese zum Besuch der Versammlung aufgefordert hätte. Die Strafe folgte auf dem Fuße. Biele wurde am selben Abend entlassen. Wir möchten Herrn Rüdiger den Rath ertheilen, sich nicht um die privaten Verhältnisse der in der Fabrik beschäftigten Sattler zu kümmern. Denn ob dieselben dem Verband angehören oder nicht, ob sie Versammlungen besuchen oder nicht, das Herr Rüdiger geht Sie herzlich wenig oder garnichts an. Wenn der Herr Rüdiger aber denkt, durch solche Thaten den Verband aus der Fabrik fernzuhalten, so irrt er sich denn doch gewaltig. Die Sattler haben auch schon begriffen, daß sie es nicht nöthig haben, wenn sie ihre Arbeitskraft verkaufen auch gleich ihre Menschewürde mit zu verkaufen. Solche Thaten zeitigen gewöhnlich das Gegentheil von dem, was von ihnen erhofft wurde. Zum Schluß kam dann noch die agitatorische Vernachlässigung des Orens von Seiten des Zentrivorstandes zur Debatte. Kollege Brade erklärte, daß er den Beschluß des Hauptvorstandes, weil 1 oder 2 Kollegen in Danzig sich weigerten, eine Versammlung einzuberufen, die ganz Tour auszugeben, nicht verstände. Gerade weil die Danziger keine Versammlung einberufen wollten, hätte erst recht einer dorthin fahren und sich einige Tage aufhalten sollen, um zu erforschen, warum denn die Verwaltungsstelle nicht zu halten sei. In drei Tagen Danzig, Königsberg und Bromberg zu besuchen und auch agitatorisch thätig zu sein, das sei freilich unmöglich, da könne man nur auf der Bahn liegen. Eine solche Agitationstour sei wohl in starken Verwaltungsstellen möglich, aber hier im Oren sei eine solche Tour ein Schlag ins Wasser. Andere Organisationen, welche ihre Agitatoren nach hier entsenden, lassen diese alle längere oder kurze Zeit hier, damit sie auch eine Thätigkeit entfalten können. In diesem Sinne sprachen sich noch mehrere Kollegen aus. Es gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die heutige, in der Pöbnerhalle tagende Versammlung spricht ihre Mißbilligung darüber aus, daß der Hauptvorstand in letzter Stunde von der beabsichtigten Agitationstour Abstand nahm, weil 1 oder 2 Kollegen in Danzig sich weigerten, eine Versammlung einzuberufen.“

Die Versammlung beauftragt den Obmann des Agitations-Komitees, sich mit der westpreussischen Agitations-Kommission in Verbindung zu setzen, um die Agitation unter den Danziger Kollegen wieder aufnehmen zu können.

Die Versammlung erwartet vom Hauptvorstand, daß er die eventuellen Kosten hierzu bewilligt.“

Nachdem sich noch 2 Kollegen hatten aufnehmen lassen, sodas unsere Verwaltungsstelle jetzt 66 Mitglieder zählt, wurde die Versammlung um 4 1/2 Uhr geschlossen.

**Wittenberg.** Am Samstag, den 16. d. Mts., fand eine allgemeine Sattler-Versammlung statt mit dem Thema: Die wirtschaftliche Krise und wie verhalten wir uns dazu. Referent Gen. Koll. In seinem spannenden Vortrag führte Gen. Koll. den Anwesenden vor Augen, wie die Krisen entstehen und wie man den-



selben am besten entgegneten kann. An der Diskussion nahmen mehrere Kollegen teil. Zum Schluss wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige in der goldenen Krone stattfindende allgemeine Sattler-Versammlung erklärt sich in allen Punkten mit den trefflichen Ausführungen des Referenten Gen. Bölle einverstanden und werden die Anwesenden mit allen Kräften dafür eintreten, der Filiale Nürnberg über die jetzige Krise gut hinweg zu helfen.“

**Wiesbaden.** In unserer Mitglieder-Versammlung am 6. November erstattete Kollege Budel Bericht vom Gewerkschafts-Kartell, er wies darauf hin, daß in Kürze ein Vortrag über Zweck und Nutzen des Konsums gehalten wird, und ermahnte die Kollegen, recht zahlreich dazu zu erscheinen. Unter Verschiedenes theilte Koll. Klaus mit, daß in der Hofwaggenfabrik von Gebr. Zimmermann sämtlichen Arbeitern die im Frühjahr bewilligten 10 pCt. runderweg abgezogen wurden, daraufhin sind die Kollegen vorstellig geworden, wurden aber abschlägig beschieden. Die meisten Kollegen von dort halten es auch nicht einmal der Mühe werth, in diesen Versammlungen zu erscheinen.

### Eingesandt.

Dem Kollegen Vogelhuber möchte ich einige Worte nicht erwidern, sondern zu beherzigen geben. Ich nehme an, daß er im Auftrage der Filiale Nürnberg geschrieben hat.

Meines Erachtens habe ich nicht verdient, selbstsüchtige Motive untergeschoben zu bekommen. Es fällt auch mir nie ein, ohne Weiteres bei anderen Kollegen Selbstsucht vorauszusetzen. Was ich in meinem Bericht mittelste, geschah auf Anregung, um nicht zu sagen im Auftrage, benannter Filialen.

Die Sattler-Zeitung will ich nicht weiter zu einer Polemik beanspruchen, sondern werde mich kritisch, kollegial mit den Nürnbergern auseinandersetzen, damit unser Organ nicht weiter Gefahr läuft, auf ein paar Zeilen meinerseits gleich mit einem ganzen Artikel bedacht zu werden. Zum Schluss erinnere ich meinen Kollegen Vogelhuber an den Satz: „Freund, Du bist in Unrecht, Du wirst es sein!“

Anknüpfend hieran richte ich an die Filialen und Agitationskomitees nochmals das Ersuchen, über den Artikel in der Nr. 22, betr. gemeinschaftliche Agitation des Tapezierer- sowie Sattlerverbandes, eine rege Diskussion zu pflegen, getreu dem Grundsatz: **Zwei wissen immer mehr als einer.**

G. Mauerer, München.

### Sozialpolitik.

**Fortschritte auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes** sind in Bayern zu verzeichnen. Auf Antrag der sozialdemokratischen und der Zentrumspartei hat ein Ausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer Grundzüge für die Vergütung und Ausführung von staatlichen Arbeiten entworfen, die in der Hauptsache vom Plenum der Kammer am 30. Oktober fast einstimmig angenommen worden sind. In die Bedingungshefte sind darnach folgende Arbeiterschutzklauseln einzufügen:

1. Den Arbeitern muß mindestens der orts- und berufsübliche Tagelohn bezahlt werden. Wo zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter vereinbarte Tarife und Lohnfestsetzungen bestehen, bilden diese den Maßstab. In keinem Falle darf der Lohn unter den ortsüblichen Lohn gewöhnlicher Tagelöhner sinken.
2. Die Arbeitszeit darf nicht über das orts- und berufsübliche Maß hinausgehen und soll in der Regel zehn Stunden nicht überschreiten.
3. Ueberstunden sind mit mindestens 25 pCt. Zuschlag zu vergüten.
4. An Vorabenden bei Sonn- und Feiertagen hat der Schluß der Arbeit spätestens Abends 6 Uhr zu erfolgen und die darauffolgende Ruhezeit mindestens ununterbrochen 8 Stunden zu dauern.
5. Die gleichen Bedingungen gelten auch für die Akkordarbeit.
6. Unverhältnismäßige Beschäftigung von Lehrlingen ist verboten.
7. Arbeiten, welche in Werkstätten hergestellt werden können, dürfen nicht in Heimarbeit gegeben werden.
8. Es sind in erster Reihe inländische Arbeiter zu beschäftigen. Die Beschäftigung anderer Arbeiter darf nur zu den gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen stattfinden.
9. Die Erfüllung der den Arbeitern gegenüber festgesetzten Verpflichtungen ist in erster Reihe durch Abzug von Kautionen zu sichern.

Den Behörden der Kreise, Distrikte und Gemeinden wird empfohlen, bei Ausführung und Vergütung ihrer Arbeiten nach den gleichen Grundsätzen zu verfahren. Die Regierung erklärte sich im Allgemeinen mit den Grundzügen einverstanden, eine Revision der Submissionsordnung sei in Arbeit und die Beschlässe der Kammer würden dabei Berücksichtigung finden, namentlich auch was die Arbeiterschutzklauseln betreffe.

Damit wäre in Bayern die Frage der Heimarbeit in der Metall-Industrie gelöst. Es würde uns freuen, von unserer

Münchener Verwaltungsstelle etwas näheres über den Verlauf der Verhandlungen zu erfahren.

**Der Ausschuß der Gewerbegerichtsbeisitzer**, dessen Einsetzung von der in Lübeck abgehaltenen Konferenz beschlossen worden ist, hat sich konstituiert.

Am 25. Oktober fand in Berlin eine Versammlung der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) statt, in welcher beschlossen wurde, daß der Ausschuß des Berliner Gewerbegerichtes die Arbeiten, welche im allgemeinen Interesse zu verrichten sind, übernehmen solle. Die zehn Arbeitnehmer, welche dem genannten Ausschuß angehören, haben sich dahin geeinigt, der Körperschaft den Namen „Zentralausschuß der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) Deutschlands“ beizulegen. Die laufenden Arbeiten werden von den Mitgliedern, welche im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission thätig sind, erledigt. Die Adresse des Zentralausschusses ist: A. Köpfer, Engel-Wer 15, Berlin S.O.

Dorthin sind alle Gewerbegerichtsangelegenheiten betreffenden Zuschriften und Anfragen zu richten.

Der Zentralausschuß beabsichtigt, demnächst den Entwurf eines Normalstatuts für Gewerbegerichte zu veröffentlichen.

**Invaliden- und Altersrenten.** Nach der im Reichs-Versicherungsamt angefertigten Zusammenstellung betrug die Zahl der seit dem 1. Januar 1891 bis einschließlich 30. September 1901 von den 81 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseeinrichtungen bewilligten Invalidentrenten 702 135. Davon sind in Folge des Todes oder Auswanderung des Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezugs von Unfallrenten oder aus anderen Gründen weggefallen 234 765, so daß am 1. Oktober 1901 liefen 467 370 gegen 447 495 am 1. Juli 1901. Die Zahl der während desselben Zeitraums bewilligten Altersrenten betrug 386 479. Davon sind in Folge Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus anderen Gründen weggefallen 205 234, so daß am 1. Oktober 1901 liefen 181 245 gegen 189 265 am 1. Juli 1901. Invalidentrenten gemäß § 16 des Invalidentversicherungsgesetzes (Krankenrenten) wurden seit dem 1. Januar 1900 bewilligt 12 285. Davon sind in Folge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen weggefallen 4227, so daß am 1. Oktober 1901 liefen 8058 gegen 6900 am 1. Juli 1901. Beitrags-erhaltungen sind bis zum 30. September 1901 bewilligt: a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind 699 817, b) an versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidentversicherungsgesetzes geworden sind 468, c) an die Hinterbliebenen von Versicherten 157 276, zusammen 857 061.

### Gewerkschaftliches.

„Die **Einigkeit**“, das Organ der Sozialorganisten, lobt die „berühmten“ Hamburger Akkordmänner, daß sie „sich nicht sonderlich aufregen, ob eine Einigung zu Starbe kommt oder nicht“, und daß sie „sich ihre Butter von Bismarck und Genossen nicht leicht vom Brod nehmen lassen.“

Dieses wird jedenfalls die einzige Zustimmung sein, die den „Akkordmännern“ aus deutschen Gewerkschaftskreisen zu Theil wird. Dit 7. ordentliche Generalversammlung des **Hausarbeiterverbandes** findet am 26. Januar in Hamburg statt.

Die **Privat-Gewerkschaften** haben sich auf ihrem Berliner Kongress eine Centralisation geschaffen. Der Sitz des Hauptverbandes ist Hamburg.

Eine Abstimmung im **Porzellanarbeiterverband** über die Erhöhung der Verbandsbeiträge um 5 Pf. hat eine die Beitragserhöhung ablehnende Antwort ergeben. Es stimmten bei der Frage: „Sollen die Verbandsbeiträge vom 1. Oktober 1901 ab pro Woche und Beitragsstufe um 5 Pf. erhöht werden?“ 681 Mitglieder dafür, 2171 dagegen, 66 enthielten sich der Stimme. Für Zurückstellung dieser Frage bis zur nächsten Generalversammlung stimmten 1700 Mitglieder, dagegen 952, der Stimme enthalten haben sich 107 Mitglieder.

Der Verband der **Schneider** ersucht die deutschen Gewerkschaften, ihm in seinem Bestreben nach Ausdehnung der Organisation behilflich zu sein. Wenn man nicht mit eigenen Kollegen genug zu thun hätte!

Ein **Milken-Prozess gegen den Verband der Eisenindustriellen.** Anfang dieses Jahres machte in der gesamten Arbeiterpresse ein Prozeß ungeheures Aufsehen, in dem in allen Instanzen — Landgericht, Oberlandesgericht und Reichsgericht — zwanzig Former in Bussenhausen in Württemberg unter solidarischer Haftung zur Zahlung einer Schadenersatzsumme von etwas über 2000 Mk. verurtheilt wurden, weil sie sich geweigert hatten, sogenannte Streitarbeit zu machen.

In einer Heilbronner Fabrik streikten im Frühjahr 1899 Former. Von dieser Fabrik waren deshalb die Modelle nach anderen Orten gesandt, um dort gegossen zu werden, u. a. auch nach der Rußnischen Gießerei in Bussenhausen. Die Rußnischen Former erlaubten das und weigerten sich, die Heilbronner Arbeit zu machen. Der Fabrikbesitzer Ruhn ließ die Former rufen und drohte ihnen, sie würden entlassen, wenn sie bei ihrer Weigerung blieben. Als diese Drohung nichts gesichert hatte, entließ er sie ohne Sühnung. Doch nicht genug damit, strengte er auch noch eine Schadenersatz-



erkläre gegen sie an. Und diese endete mit der rechtskräftigen Verurteilung der Beklagten 20 Formner. Schon das Landgericht hatte die Formner verurteilt, aber es hatte die Klage insoweit abgewiesen, als diese solidarische Haftung der Beklagten als Gesamtschuldner für die beantragte Schadenersatzsumme verlangt hatte. Der Kläger hatte in der Klage in einzelnen Posten aufgerechnet, daß er durch die Verweigerung der Arbeit einen Schaden von 2048,76 Mk. gehabt habe. Sämtliche Instanzen erkannten einen Schadenersatzanspruch in dieser Höhe an, und das Oberlandesgericht Stuttgart und das Reichsgericht erkannten auch auf solidarisches Haftung der sämtlichen 20 Beklagten, weil sie „auf Grund einer gemeinschaftlichen Verabredung im bewußten und gewollten Zusammenwirken gehandelt“ hätten.

Sie hätten, hieß es im Urteil des Reichsgerichts, was die Einzelnen durch ihr Auftreten nicht gekonnt hätten, mit vereinten Kräften durch rechtswidrige Verweigerung der Arbeit ihren Arbeitsherrn zwingen wollen, sich ihrem Willen zu fügen und die Anfertigung der Streikmodelle zu unterlassen. Jeder sei sich bewußt gewesen, daß der Kläger durch ihr Vorgehen geschädigt würde. Wenn die Beklagten meinten, daß der Kläger den erlittenen Schaden selbst verschuldet habe, da sie ja bereit gewesen seien, andere Arbeiten zu verrichten, so könne das Recht dem Arbeitgeber nicht zumuten, sich der rechtswidrigen Arbeitsverweigerung der Arbeiter zu fügen. Die Arbeitsverweigerung sei eine vorzeitige Lösung eines bereits bestehenden Arbeitsverhältnisses, die der Arbeiter verschuldet habe und für die er deshalb schadenersatzpflichtig sei, und zwar aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen.

Als dieses Urteil in der Arbeiterpresse lebhaft erörtert wurde, so berichtet das Hamburger Echo, kam ein findiger Kopf auf die Idee, ob man nicht vielleicht auch einmal den Spieß umkehren und Grund der gleichen rechtlichen Erwägungen gegen das Unternehmertum vorgehen könnte. Und da bot sich als prächtige Gelegenheit gerade die noch in frischer Erinnerung stehende große Ausperrung der Tausende von Werftarbeitern durch die Progen vom Verband der Eisenindustriellen. Die maßgebenden Faktoren in der Metallarbeiterorganisation pflogen eingehende Verhandlungen mit namhaften Juristen und Männern der Praxis, und das Resultat dieser monatelangen Beratungen war schließlich, daß es der im vorigen Sommer ausgesperrten Werftarbeiter, die bei der Hamburg-Amerika-Linie oder auf der Werft von Blohm & Voß in Arbeit gestanden hatten, durch den Rechtsanwalt Dr. von Oldershausen gegen die eben genannten beiden Firmen eine Schadenersatzklage in Höhe von 8202,40 Mk. angestrengt haben. In dem den Klägern jetzt zugestellten Klageantrage wird ebenfalls beantragt, die beiden Beklagten solidarisch zur Zahlung des Schadenersatzes zu verurteilen. Wird dieser Prozeß gewonnen, so werden auch die übrigen damals ausgesperrten Werftarbeiter eine gleiche Klage gegen die respektiven Unternehmer antreiben, und dann dürfte das Klageobjekt sich auf mehrere Millionen belaufen.

Termin in dieser Sache ist auf den 3. Januar 1902 vor der Zivilkammer VII in Hamburg anberaumt.

Ob durch dieses Vorgehen besondere Erfolge erreicht werden können, erscheint uns sehr zweifelhaft.

### Vermishtes.

Eine Ausstellung empfehlenswerther Jugendschriften findet vom 2. bis 6. Dezember im Berliner Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, statt. Dieselbe ist von Mittags 12 Uhr bis Abends 10 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. Zur Ausstellung gelangen die vom Jugendschriften-Ausschuß der Hamburger Lehrerschaft empfohlenen Bücher. Am Sonntag, den 1. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, spricht im großen Saale des Gewerkschaftshauses Herr Lehrer Koss auf Hamburg über das Thema: „Was geben wir unseren Kindern zu lesen?“ Auch zu diesem Vortrage ist der Zutritt frei. Wir machen vor allem die betheiligten Kollegen auf diese Ausstellung und diesen Vortrag aufmerksam.

### Bücherschau.

**Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1902.** Taschenrechner für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes, im Auftrage des Verbands-Vorstandes herausgegeben von Theodor Seipart. 8. Jahrgang. Selbstverlag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Preis 50 Pfg.

Ein prächtiges Büchlein mit ausgezeichnetem Inhalt. Geschmadvoller, folierter Einband. Gutes Papier. Jeder könnte kleinere Organisationen nicht daran denken, etwas Ähnliches herauszugeben.

**In freien Stunden.** Eine Wochenchrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Heft 89 bis 10. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis pro Heft 10 Pfg.

Die „freien Stunden“ sollen als Gegengewicht gegen die Schundromane wirken; als solches verdienen sie allen denen, die den schlechten Geschmack haben, Kollportage-romane zu lesen, empfohlen zu werden.

**Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch.** Ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der

Reichspolitik von Max Schippel. Heft 1-6. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis pro Heft 20 Pfg.

Ueber den in Aussicht genommenen Inhalt dieses Buches äußert sich die Verlagsbuchhandlung folgendermaßen:

Dieses von den Parteigenossen seit Jahren gewünschte Hilfsmittel für die Agitation, dessen Herausgabe schon von mehreren Parteien beschlossen wurde, erscheint nunmehr im Verlag der Buchhandlung Vorwärts.

Das Buch stellt in eingehender Weise dar, unter welchen parlamentarischen Kämpfen und welchen Misserfolgen die Reichsgesetzgebung über die wichtigsten, vor allem die Arbeiter berührenden Fragen sie allmählich entwickelt hat.

Im Mittelpunkt stehen dabei die eigentlichen Fragen der Sozialreform und des Arbeiterschutzes. Das langsame Zurückweichen des kapitalistischen Manchesterthums, das zähe und niegreiche Vordringen der Arbeiterforderungen auf den verschiedenen Gebieten, aber auch die immer wiederkehrenden Reaktionsversuche der großkapitalistischen Scharfmacher und des kleingewerblich-zünftlerischen Meisterthums werden auf das Ausführlichste geschildert und zwar in zusammenfassenden Uebersichten (wie: Geschichte der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung in Deutschland - Entwicklung des Arbeiter-Versicherungswesens - Koalitionsrecht, Vereins- und Versammlungsrecht, Berufsvereine - Gewerbegerichte, Einigungsämter), in Spezialartikeln für Einzelfragen (wie: Fabrikinspektion, Frauenarbeit, Kinderarbeit, Sonntagsarbeit, Hausindustrie, Lohnbeschlagnahme, Trucksystem - Kontraktbruch, Bestrafung, Sozialisten-gesetz, Zucht- und Strafvorlage, Umsturzworlage - Arbeitsbuch, Arbeitsamt, Arbeits-tammern, Arbeitsnachweis u. s. f.)

Auch auf die Schutzesetzgebung für einzelne Arbeitszweige, mitunter nur Trug- und keine Schutzesetzgebung, ist stets besonders eingegangen (so in Artikel wie: Pächterverordnung, Bauarbeiter-schutz, Wismut-schiffahrt, Bergarbeiter, Gaswerksgehilfen, Heilnde, Hafenarbeiter und Seelute, Handlungsgehilfen u. s. f.).

Größte Aufmerksamkeit ist den gewerbspolitischen Streitfragen gewidmet: der Geschichte und den Abänderungen der Gewerbeordnung, den Innungsabstreifungen und der Mittelstandsvereitel, dem Kampfe gegen Genossenschaften und Konsumvereine. Auch die augenblicklich im Vorgrunde des Interesses stehenden handelspolitischen Fragen sind durch orientierende Artikel eingehend behandelt.

Weiter findet der Leser reiches Material über die Steuerfragen, über Militarismus, Flotten- und Kolonialpolitik.

Eine ihrer politischen Bedeutung entsprechende Würdigung erfahren endlich auch die Verfassungs- und ähnlichen Fragen.

Das Buch, das in 25 Lieferungen à 20 Pfg. erscheint, soll einen dauernden Werth behalten; deshalb werden jedesmal nach Schluss der parlamentarischen Legislaturperioden Nachträge zum sozialdemokratischen Reichstags-Handbuch ausgegeben werden, so daß jeder Besitzer über alle Zeit- und Streitfragen der Reichspolitik stets auf dem Laufenden erhalten bleibt.


### Briefkasten.

**Mannheim.** Unser letztes Statut gibt's und selber kein Recht, diejenigen Mitglieder, die sich weigern, von einer Ortsverwaltung beschlossene Ortsbeiträge (Geldbeiträge, Beiträge für das Arbeitersekretariat zc.) zu zahlen, dazu zu zwingen und sie event. aus dem Verbandsauszuschließen. Wir müssen uns zur Zeit mit dem von der Verwaltungsstelle anzukündenden moralischen Druck begnügen, halten es aber für angebracht, daß unsere nächste General-Versammlung die Sache regelt. Beiträge zu dem dringlichen Zusammenschluß der Gewerkschaften (Kartell zc.) können event. von dem zutreffenden Drittel bezahlt werden.

### Adressen und Verkehrslokale.

#### I. Verband der Sattler und verwandten Berufsgenossen.

B. - Bevollmächtigter. K. - Kassier. V. - Verkehrslokal und Herberge.  
H. - Herberge, wenn sie vom Verkehrslokal getrennt ist.

Die Reise-Unterstützung wird bei den durch latente Keitern kenntlich gemachten Mitgliedern der Ortsverwaltung oder im Verkehrslokal ausbezahlt. Verwaltungskosten mit einem vorgedruckten  zahlen keine Reise-Unterstützung aus.

**Zentralvorstand:** Vorsitzender Johann Fassendach, Berlin SO, Engel-Ufer 15.  
**Hauptkassier:** Georg Staudke, Berlin SO, Engel-Ufer 15.  
**Auswärtig:** Vorsitzender Peter Glum, Berlin, Adalberstr. 60, Quergeb. 4 C.

#### Verwaltungsstellen:

- **Sachsen.** B. G. Heide, Berlinstr. 106, 8 C. K. Adolf Klein, Mohrenstr. 51. V. Pöpsenbläthe, Parlamentstr.
- **Sachsen.** K. Bruno Casper, Bahnhofstr. 2, II. H. Stadt Bittau.
- **Sachsen.** K. Joh. Neufuss, Diefenb. 4. V. Felix Weis, Centralhalle.
- **Berlin I (Zentrum).** B. Albert Hoffmann, Schindlerstr. 51. K. Peter Glum, Adalberstr. 60, Quergeb. 4 C. V. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. (7-8)
- **Berlin II (Centralenarbeiter).** B. Hermann Werner, Mannesstr. 29, 8. II. K. G. Heuerberg, Söhlenerstr. 99, 1 C.
- **Berlin III (Löhner und Koffermacher).** B. Gustav Lehmann, Prinzessinnenstr. 81, II. K. Wilhelm Siebler, Wrangelstr. 128, Stf. III. V. Karl Wittenberg, Adalberstr. 62.
- **Berlin IV. (Militär-Sattler).** B. Emil Weidenbräuf, Madonnenstr. 11. Hof II. K. F. Hildebrandt, Alsterstr. 157.
- **Berlin V. (Einzelmeister und Leppmacher).** B. Gustav Seidel, Weidenweg 64. K. Otto Otto, Wilmersdorf, Pfalzburgerstr. 67.
- **Berlin VI.** B. Hermann Caspar, Stubenrauchstr. 12. K. Paul Grotz, Söhlenerstr. 7.
- **Sielesfeld.** B. Ferd. Weis, Bürgerweg 88. K. Gohardt, Götterstr. 61. V. Heinrich Schöde, Bahnhofstr. 11.
- **Sonn.** K. St. Fortschmäker, Cassiusgraben 4. V. Restaurant Baumgarten, Cassiusgraben.
- **Brandenburg a. H.** B. Emil Schmidt, Kurfr. 51. K. Rich. Grotz, Ortelowerstr. 4. V. Kaffee zur Krone, Döllenerstr. 1.
- **Brandenburg.** B. Wilh. Kung, Sydnamerstr. 7, III. (12-1, 7-8). K. Sebastian Wilschler, Bergstr. 15 I. V. Gewerkschaftshaus, Weidenweg 64.
- **Preussenhagen.** B. D. Hagmeier, Reich 41. K. G. Heider, Jakobstr. 28 a. V. Späcker, Kassestr. 14.
- **Preussen.** B. Rich. Weert, Uckerstr. 79. K. Otto Grotz, Weigenampstr. 66. V. Zirkus, Starckenstr. 3.
- **Preussen.** B. Wilhelm Matern, Nachbstr. 17. Arbeitsnachweis und Reise-Unterstützung bei Karl Tix, Cabitzerstr. 40. Mittags von 12-1 Uhr, Abends von 8 bis halb 8 Uhr. V. Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17.
- **Preussen.** K. Diegemeyer, Brackeburgstr. 3.
- **Charlottenburg.** B. Adolf Bang, Leibnizstr. 4. K. Karl Wilsener, Nonnstr. 63. V. Wallstr. 90 bei Edward Weis.
- **Chemnitz.** Dr. rammann: August Weand, Connenstr. 7, III. V. Stadt Meissen, Hochlitzstr. 8.
- **Hess.** B. K. Böhmberg, Leipzigstr. 20b, I. K. M. Klemen, Alten Rossstr. 6.
- **Hessen-Nassau.** B. Rob. Weid, Lärchenstr. 4, II. K. G. Weid, Lärchenstr. 12, II. V. Weidmann, Heiligengartenstr. Ecke Nordstr. (8-9, Sonn. 12-1).
- **Preussen.** Dr. rammann: W. Lux, Döberstr. 20, 4 C. (7-8, Sonn. 12-1)
- **Preussen.** B. H. Hildebrandt, Schreiberstr. 18.
- **Preussen II. (Militär-Sattler).** B. Ernst Diekmann, N. Mannstr. 17, Hof III. K. Hildebrandt, Schindlerstr. 51, Hof II. V. Weid, Margaretenstr. 11.
- **Sielesfeld.** B. Hermann Weiser, Katherstr. 61. K. G. Schaubert, Sangerhausenstr. 29, 2 C. (12-1, 7-8, Sonn. 8-1) V. Heringer Hof.







# Sattler-Zeitung

Nr. 25.

Berlin, den 14. Dezember 1901.

15. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.  
Bezugspreis 60 Pfg. pro Vierteljahr durch  
die Post (Post-Bilte Nr. 6695)  
80 Pfg. bei Zusendung unter Streifband.

Redaktion und Verlag:  
Joh. Jassenbach, Berlin S.O., Engel-Ufer 15.  
Fernsprech-Nummer: Amt VII, 788.

Inserate die 8 gespaltene Nonpareille-  
Zeile 20 Pfg.;  
bei Wiederholungen bedeutende  
Ermäßigung.

## Inhalt.

Weihnachten. — Dem deutschen Reichstage. — Die Berliner Sattler-Zinnung. — Die Arbeitslosigkeit in Belgien. — Aus dem Auslande. — Unsere ausländischen Organisationen. — Vereinstheil. — Rechtsprechung. — Innungswesen. — Gewerkschaftliches. — Märkte. — Bücherchau. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Achtung! Kollegen! Achtung.

Zureisende Kollegen haben sich vor Annahme von Arbeit bei dem betr. Vertrauensmann zu erkundigen ob und wo am Orte gestreikt wird resp. ob eine Werkstelle gesperrt ist.

### Gesperrte Werkstellen:

Mannheim. Hofwagenfabrik Menold.  
Wien. Tischnerwerkstelle Johann Fröhlich.

## Weihnachten.

Weihnachten — das Fest der Liebe, das Fest der Veröhnung und Veröhnung — steht wiederum vor der Thür. In allen Ländern, die von dem Christenthum beherrscht sind, wird bald das Wort verkündet:

Friede auf Erden!

Die frohe Botschaft, daß Friede sein soll auf Erden, die der darbenenden, leidenden Menschheit angeblich vor 19 Jahrhunderten gebracht worden, hat sie sich erfüllt? Sind die Menschen Brüder geworden, und befolgen die Christen die Lehren ihres großen Meisters? Die christliche Religion, welche der in Knechtschaft schmachenden Menschheit die Erlösung verhieß von allen Uebeln, welche an die Armen und Unterdrückten sich wandte, hat sie vermocht, den Gegensatz auszugleichen zwischen Arm und Reich!

Nein! Nichts von alledem. Das Wort Friede auf Erden ist heute noch ebenso wenig zur Wahrheit geworden, als zur Zeit seiner Verkündigung. Das frisch aufkeimende Christenthum, dem sich die geknechteten Völker Klein-Asiens bereitwilligst angeschlossen, brachte, als es zur Herrschaft gelangt, nicht die Liebe, nicht die Veröhnung, die es verheißt. Die verfolgten Christen, die Bedrückten, die Beschimpften und Gestohlenen, werden, zu Herren geworden, selbst zu Bedrückern und Verfolgern. In Haß und Zwietracht unter sich selbst, verfolgen sie nun ihrerseits alle Andersgläubigen mit beispielloser Wuth und fanatischer Härte, mit der ganzen Unduldsamkeit religiösen Wahnsinns. Bis ins späte Mittelalter hinein reihen sich Kriege an Kriege im Namen der Religion. Tausende und abertausende von Opfern hat sie gefordert, diese „Religion der Liebe“. Ganze Länder wurden verwüstet, der Kultur für lange Zeit entzogen; Völkerschaften, die bis dahin frei und unabhängig waren, unterjocht und geknechtet. Schwert und Scheiterhaufen, Inquisition und Hexenprozesse, Verrath und Vetrug — das sind die Marksteine derjenigen Religion, die der Menschheit die Liebe und den Frieden bringen sollte. Und für lange Zeit bleibt die Kirche unumschränkte Herrscherin, alles aufkeimende Geistesleben erstickend.

Ist aber auch heute die absolute Herrschaft der mittelalterlichen Kirche gebrochen, so sind andere Herren und

Mächtige da, die der Menschheit alles, nur nicht den Frieden bringen. Die christlichen und allerchristlichsten Nationen starren in Waffen, um gegebenen Falles aufeinander loszuschlagen und sich unter Anrufung desselben Gottes zu vernichten. Immer neue Millionen werden den Völkern auferlegt für die Ausrüstung von Soldaten und Schiffen. Weltmacht, Weltpolitik — das sind die Schlagworte, unter denen z. Bt. der nationale Egoismus auftritt, beflissen, sich auszubreiten auf Kosten anderer „minderwerthiger Völker“. Das Kapital, in seiner Sucht nach Expansion und Bereicherung, scheut vor keinem Verbrechen zurück. So ist England seit 2 Jahren bemüht, das tapfere Virenvolk seiner Selbständigkeit zu berauben, um den Reichthum des Landes an sich zu reißen. Und in China war das ganze offizielle Christenthum vereint, um christliche Kultur zu verbreiten. Die „Sunnenbriefe“ werden für ewige Zeiten bekunden, wie die Zivilisatoren und Sendboten der Religion der Liebe dort gehaust haben.

Und im Innern der christlich-kapitalistischen Länder, sehen wir da nicht denselben Kampf sich abspielen? Hier wird zwischen den Klassen derselben Nation ein Kampf ausgekämpft, der, obgleich unblutig, nichtsdestoweniger mit eben so viel Feindschaft und Haß geführt wird, als der Krieg gegen fremde Länder und Nationen. In diesem Kampfe des Besitzes gegen das Proletariat wird keine Rücksicht genommen auf die Volksgenossen: möglichst hoher Profit, intensivste Ausbeutung der Arbeitskraft bei niedrigen Löhnen — das ist die Parole des internationalen Kapitals.

Wird nicht der aufwärtstrebenden Arbeiterschaft jeder Fingerbreit ihres Rechts streitig gemacht? An dem reichen Segen der letzten Jahre, den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs hat sie nur geringen Antheil gehabt, und jedes Bißchen mußte sie der kapitalistischen Klasse abringen, abtrogen. Nicht den geringsten Bruchtheil seiner reichen Profite giebt das Kapital freiwillig ab. Die vielen Streiks der letzten Jahre legen Zeugniß davon ab, daß die Arbeiterschaft zu stetem Kampfe bereit sein muß; und wir können hiervon ein Lied singen.

Ist es dann der Arbeiterschaft nach langem Ringen gelungen, die Unternehmer zu einigen Zugeständnissen zu bewegen, so dauert es nicht lange, und die Krisis tritt ein. Hat der Unternehmer die Arbeiter während der Prosperität zu fieberhafter, angespannter Thätigkeit gezwungen und dieselben so vielfach ihres Lebensgenusses beraubt, so folgt nun die Reversoite — die Arbeitslosigkeit mit all ihren Schrecken. Und gerade in Deutschland lastet der wirtschaftliche Niedergang schwer auf der Arbeiterklasse. An den ungeheuren Profiten der Banken und der Industrie, wie sie in Deutschland je zu verzeichnen gewesen, haben die Arbeiter keinen Antheil; der Zusammenbruch, eine Folge der ungezügelten maßlosen Profitgier, trifft sie dagegen in erster Linie.

Groß ist die Zahl derer, welche schon monatelang vergeblich nach Arbeit gesucht. Viele haben bereits die bitterste Noth zu kosten gehabt; Mancher mag schon alle Sachen



von Werth, die er besaß, in Geld umgesetzt haben, und noch ist keine Aussicht auf Besserung vorhanden.

Trotz dieses Elendes, das immer mehr um sich greift, unternimmt es jetzt die deutsche Regierung, auch noch die nothwendigsten Lebensmittel zu vertheuern. Ohne Rücksicht auf die darbedenden Familien der Armen, nur, um einer kleinen Zahl reicher Grundbesitzer höhere Profite zu sichern, sollen Brot, Fleisch und Eier, sollen alle Nahrungsmittel durch hohe Zölle schwer belastet werden.

Und wo bleibt bei diesem Ringen, bei diesem Interessenkampf die christliche Kirche und ihre Diener? Sie stehen auf Seiten der Herrschenden; sie predigen den Armen Zufriedenheit mit ihrem Loos. Nicht beistimmen wollen sie Noth und Elend, bestenfalls erträglich müchten sie das Dasein der Bedrückten gestalten. Diese „christliche Barmherzigkeit“ wird in etwas erweitertem Maße gerade zur Zeit des Weihnachtsestes geübt.

Aber was leistet diese Mildthätigkeit? Im günstigsten Falle werden einige Hundert Arme mit wenigen Broden dessen beschenkt, was sie selbst erst erzeugen halfen. Für den kurzen Zeitraum der Festtage sucht man den Bedürftigen ihre Noth und Sorgen in etwas zu mildern, vergessen zu machen; die Reichen suchen damit das brückende Gefühl der Verantwortlichkeit, das mahnende Gewissen zu beschwichtigen. Und mit welcher Strenge wird dabei untersucht, ob der Empfänger auch „würdig“ sei, ob er an seinem Unglück nicht etwa selbst „Schuld“ habe.

Wer deshalb irgendwie in der Lage ist, die „Wohlthaten“ von sich weisen zu können, er wird es thun. Der ganze dem Menschen inwohnende Stolz häumt sich auf gegen die Demüthigung, die unbläulich verknüpft ist mit dem Empfangen von „milden Gaben“, und glücklich derjenige, dem nicht die bitterste Noth die Selbstachtung schon gebrochen hat.

So wird denn die Klust auch durch das „Fest der Liebe“ nicht ausgeglichen. Die Interessen der Besitzenden und Besitzlosen lassen sich nicht vereinigen, auch wenn die Einen sich ihrer Pflicht gegenüber den Anderen für eine kurze Spanne Zeit bewußt werden und hinabsteigen in den Sumpf der Armuth, um die Wirkungen der Ordnung in etwas zu mildern, deren Vertheidiger sie sind.

Deshalb wollen wir keine Gnade, kein Geschenk, sondern Recht und Gerechtigkeit. Jeder Mensch hat ein Recht ans Dasein, und da die gegenwärtige Gesellschaftsordnung einem großen Theile der Menschheit dieses Recht beschränkt, so wollen wir mitarbeiten an der Herbeiführung eines besseren Gesellschaftszustandes, in dessen Rahmen es weder Bevorzugte geben wird, welche „Wohlthaten“ zu spenden haben, noch auch Solche, die von den Wohlthaten Anderer abhängig sind.

Erst, wenn ein Jeder in den vollen Genuß der Kulturereigenschaften unserer Zeit gelangt ist, wenn nicht mehr der eine Theil des Volks in Noth und Elend verkommen muß, dann wird auch der Haß zwischen den einzelnen Gliedern der menschlichen Gesellschaft verschwinden, wahre Brüderlichkeit und Freiheit an seine Stelle treten. Dann wird der Klassen- und Klassenkampf ein überwundener Standpunkt sein und das Wort zur Wahrheit werden:

„Friede auf Erden

Und den Menschen ein Wohlgefallen!“

## Dem deutschen Reichstage

Ist die nachstehend abgedruckte Petition zugesandt worden. Man hofft, daß es infolge dieser Petition und der vom Verbands der Schneider in Fluß gebrachten Bewegung gegen die Heimarbeit zu einer ausführlichen Behandlung dieser wichtigen Frage im Reichstage kommen wird. Wir brauchen wohl nicht zu betonen, daß wir uns dieser Bewegung gegen ein auch bei uns vorhandenes Uebel, gegen das wir bisher leider vergeblich gekämpft haben, mit vollem Verze an schließen. Die Petition lautet:

## An den hohen Reichstag

richten Unterzeichnete das Ersuchen:

durch gesetzliche Maßnahmen die hausindustriellen Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die ungeheuerliche Ausbeutung, welcher diese in allen Industrien ausgesetzt sind, zu schützen. An Stelle einer eingehenden Schilderung des Wesens und der Gefahren der Hausindustrie beziehen wir uns auf die dem hohen Hause vom Verband der Schneider überreichte Denkschrift: „Schutz den Heimarbeitern“, in welcher die überaus traurigen Zustände, die in der Hausindustrie durchweg herrschen, eingehend geschildert werden. Wir bemerken nur, daß beispielsweise in der Weisknäherlei, über deren elende Löhne und Arbeitsverhältnisse bereits eine amtliche Enquete-Ausschluß gab, jetzt ebenfalls die Hausindustrie eine große, für die Fabrikarbeiterin verhängnisvolle Rolle spielt. Ebenso aber auch in der Textile, Tabak-, Posamenten-, Blumen-, Metallindustrie und andere mehr.

Nicht allein die Heimarbeitenden selbst leiden unter den in der Denkschrift geschilderten Uebelständen und Gefahren, sondern auch die Fabrikarbeiter, deren Arbeitsgelegenheit infolge der Konkurrenz vermindert, deren Löhne immer weiter gesenkt werden.

Die guten Wirkungen, welche die Arbeiterschutzgesetze für die in Fabriken Arbeitenden haben könnten, werden dadurch häufig aufgehoben. Nach Ablauf der 11stündigen Arbeitszeit in der Fabrik sind die Arbeiterinnen vielfach genöthigt, wollen sie nicht entlassen werden, Arbeit für Feierabend und Sonntag mit in ihr Heim zu nehmen. Das Aller schlimmste: Kinder und Jugendliche dürfen im eigenen Heim ungehindert beschäftigt werden.

Die Nachteile, welche die Heimarbeit mit sich bringt, werden durch das in fast allen Industrien vorhandene Zwischenmeister-System in unglaublicher Weise gesteigert.

Wir ersuchen an erster Stelle, der hohe Reichstag wolle beschließen:

1. Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetze auf die gesamten Heimarbeiter.
2. Verbot der Arbeit schulpflichtiger Kinder und der Arbeit der Kinder vor dem schulpflichtigen Alter in der Heimarbeit.
3. Unterstellung der gesamten Heimarbeit unter die Kontrolle durch Gewerbeinspektoren.
4. Erlaß strenger Vorschriften über die Einrichtung der Arbeitsstätten in der Heimarbeit.
5. Verpflichtung der Arbeitgeber und der sogenannten Zwischenmeister, eine genaue Liste der von ihnen beschäftigten Personen mit Wohnungsangabe zu führen, und diese jederzeit den Beamten der Gewerbeinspektion zur Einsicht vorzulegen.
6. Verbot der Heimarbeit an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen und der Nacharbeit in der Zeit zwischen Abends 8 und Morgens 6 Uhr.
7. Verbot der Heimarbeit in Häusern und Arbeitsstätten, in denen eine ansteckende Krankheit ausgebrochen ist.
8. Unterstellung der Heimarbeit unter die gewerblichen Schiedsgerichte bei Streitigkeiten zwischen ihnen und den Arbeitgebern resp. Zwischenmeistern, die aus dem Arbeitsverhältnis entspringen sind.
9. Erlaß von Schutzbestimmungen und Spezialvorschriften nach der Natur der einzelnen Zweige der Heimarbeit.
10. Androhung strenger Strafen für Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften, für deren Einhaltung Arbeitgeber und Zwischenmeister in erster Linie verantwortlich sind.

Die enorme Ausdehnung der Heimarbeit, die von Jahr zu Jahr zunimmt und die Gefahren, welche die Schullosigkeit der Heimarbeiter für diese wie für die Gesamtheit unbefriedigbar im Gefolge haben, machen ein rasches und gründliches Vorgehen der gesetzgebenden Faktoren zu einer dringenden Nothwendigkeit.

Für die Blumen- und Federbranche:

Frau Emma Jhrer. Frau Clara Köhler.

Für die Buch- und Hilfsarbeiterinnen:

Fräulein E. Sydeman. Frau Paula Thiede.

Für die Metallbranche:

Frau Maria Aeg.

Für die Posamentenbranche:

Frau Marie Hofmann.

Für die Textilarbeiter:

Fräulein Ida Altmann. Frau Agnes Reinhold.

Für die Wäschebranche:

Frau Minna Rosenstengel. Frau Sahnholz.

## Die Berliner Gattler-Innung

betreibt bekanntlich die Errichtung einer Innungs-Krankenkasse. Von der richtigen Annahme ausgehend, daß die Errichtung einer solchen Kasse nur zum Schaden der Gesellen sein kann, hat der Gesellen-Ausschuß sich gegen die geplante Gründung erklärt; er hatte sich auch an die Meister gewandt und sie ersucht, sich ebenfalls in ihrem eigenen Interesse dagegen auszusprechen. Daraufhin hat die Innung folgendes Rundschreiben erlassen:



Sehr geehrter Herr!

Vor einigen Tagen ging Ihnen ein Schreiben des Gesellen-Ausschusses unserer Innung zu, in welchem dieser Sie ersucht, gegen die von uns geplante Gründung einer Innungs-Krankenkasse Stellung zu nehmen. Diejem Schreiben war ein Protestschein beigelegt mit dem Ersuchen, ihn auszufüllen, zu unterschreiben, und dem Gesellen-Ausschusse zurückzusenden. Mit diesen Scheinen will man bei der Behörde Stimmung gegen die Gründung einer Innungs-Krankenkasse machen.

In dem Schreiben werden in bekannter Weise Sachen besprochen, die einestheils den Thatsachen nicht entsprechen und andernteils die Gesellen nichts angehen. Wir erachten es daher als unsere Pflicht, Sie über die Gründe aufzuklären, die zu dem Beschlusse geführt haben, eine Innungs-Krankenkasse zu errichten.

In erster Linie ist es das fortgesetzte Drängen der Gesellen nach immer höheren Löhnen, unbekümmert darum, ob der Meister für die Arbeit seiner Gesellen auch wirklich so hohe Löhne zahlen kann, wie verlangt werden, denn er kann seiner Rundschaft die Waare resp. Arbeit nicht soviel höher rechnen, als der Lohn sich steigert. Er muß in Folge dessen sehr oft ein viel weniger menschenwürdiges Dasein führen, wie seine Gesellen, die ja nur 9 Stunden thätig sein wollen, während der Meister, um nur einigermaßen bestehen zu können, oft 12 bis 16 Stunden und darüber arbeiten muß. Diese Agitation der Gesellen hat ihren Ausgangspunkt in dem Arbeits-Nachweis der Gesellen und wird nach Möglichkeit durch die Organe der Krankenkasse unterstützt. Um diese Uebelstände zu beseitigen, hat die Innung beschlossen, eine eigene Krankenkasse zu errichten, in der sie das Aufsichtsrecht sowie die Verwaltung in Händen hat. Dieser Innungs-Krankenkasse persönlich als Mitglied beizutreten, hat jeder Meister das Recht, sofern sein Einkommen nicht 2000 M. übersteigt und diese Berechtigung wird vielen Meistern sehr willkommen sein.

In dem Protestschreiben des Gesellen-Ausschusses wird behauptet, daß die Meister bei Errichtung einer Innungs-Krankenkasse einen Fonds von 20-25000 Mark aufbringen müßten, wozu jeder Meister nach der Zahl seiner Gesellen herangezogen werden wird. Wozu die Ortskrankenkasse einen so hohen Fonds braucht, ist uns nicht verständlich, wir brauchen ihn jedenfalls nicht. Wenn die Kasse wirklich einige 1000 Mark für den Anfang erfordert, so werden diese auf andere Weise als durch Besteuerung von den Meistern beschafft werden.

Ferner sagt der Gesellen-Ausschuss und sucht ziffernmäßig nachzuweisen, daß der Meister bei einer Innungs-Krankenkasse erheblich höhere Beiträge zahlen muß, und zwar die Hälfte, statt, wie bisher ein Drittel des Beitrags zur Krankenkasse. Dem muß entschieden widersprochen werden, insofern es sich um die Höhe der Summe handelt.

Der Gesellen-Ausschuss hat wohlwehlich verschwiegen, daß die Ortskrankenkasse in ihrer letzten Sitzung die Erhöhung der Beiträge von 51 Pf. auf 80 Pf. beschlossen hat; das macht für den Meister einen Beitrag von 20 Pf. bei einem Drittel Beitragspflicht. Diese Erhöhung hat eintreten müssen, weil einmal durch die jetzt herrschende Arbeitslosigkeit die Zahl der Erkrankten bedeutend gestiegen ist, dann aber besonders dadurch, daß die Orts-Krankenkasse entscheiden zu viele Beamte besolden muß.

Bei der Innungs-Krankenkasse werden wir weniger Ausgaben haben, eben durch theilweise Erparung an Gehältern und somit wird diese in der Lage sein, mit einem Beitrage von wöchentlich 40 Pf. auszukommen, wozu der Meister die Hälfte, also auch nur 20 Pf., beizutragen haben wird. Dafür steht ihm nun dasselbe Recht in der Krankenkasse zu, wie den Gesellen. Das Recht der Gesellen, zwei Drittel der Stimmen bei Abstimmungen in Krankenkassen-Angelegenheiten für sich beanspruchend, während die Meisterschaft nur ein Drittel der Stimmen besitzt, hat dahin geführt, daß die Meisterschaft sich fast ganz von den Beschlüssen in den Krankenkassen-Mitgliederversammlungen zurückgezogen hat, weil sie sich von vorn herein überstimmt wußte. Das wird bei der Innungs-Krankenkasse anders, in dieser hat der Meister dasselbe Stimmrecht wie der Geselle oder Arbeiter, und kann somit seine Interessen voll und ganz vertreten. Hierzu kommt noch, daß der Staat plant, in allen Betrieben dem Arbeitgeber die Hälfte der Krankenkassen-Beiträge aufzuerlegen; wir würden also so wie so bald gezwungen sein, die Hälfte der Beiträge zahlen zu müssen, und wenn wir keine Innungs-Krankenkasse errichten, bleiben auch alle Vorteile aus, die uns eine solche ungewissheit bietet. Haben wir erst eine Innungs-Krankenkasse, in der sowohl den ersten Vorsitzenden wie auch den ersten Nebendanten die Meisterschaft stellt, dann wird der Arbeiterschaft das Material entzogen, dessen sie zu ihren agitatorischen Unternehmungen bedürftig; jedenfalls stehen ihr dann Rissen und Wäcker nicht mehr uneingeschränkt zur Verfügung.

Kommen wir zum Schluß noch einmal darauf zurück, daß die Zahlung der Hälfte der Krankenkassen-Beiträge einer Innungs-Krankenkasse nicht eine Erhöhung der Beiträge für die Meister bedeutet, so sind wir versichert, daß Sie dem Vorgehen der Innung,

eine Innungs-Krankenkasse zu errichten, Ihre volle Zustimmung nicht verjagen werden.

Die Ihnen von dem Gesellen-Ausschusse überhandten Zettel, mit dem Vorbruck „Antwort“, bitten wir nicht auszufüllen, sondern dieselben unangefüllt zurück zu senden.

Die Kommission ist mit der Vorberathung der Paragraphen zu dem Innungs-Krankenkassenstatut eifrig beschäftigt.

Der Vorstand.

J. A.: G. Zehle, Obermeister,  
Friedrichsgracht 34.

Wenn der Vorstand behauptet, die Kommission sei mit der Vorberathung der Paragraphen zum Innungs-Krankenkassenstatut eifrig beschäftigt, so muß trotzdem angenommen werden, daß man damit noch nicht allzuweit vorgeschritten ist. Sonst hätte man unmöglich die naive Frage stellen können, wozu die Ortskrankenkasse einen so hohen Fonds braucht. Nun hören Sie, hochverehrter Herr Obermeister, was das Krankenversicherungs-gesetz sagt:

§ 32. Die Ortskrankenkasse hat einen Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Jahresausgabe der letzten drei Jahre anzusammeln und erforderlichenfalls bis zu dieser Höhe zu ergänzen.

§ 33. Ergiebt sich aus den Jahresabschlüssen der Kasse, daß die Einnahmen derselben zur Deckung ihrer Ausgaben einschließlich der Rücklagen zur Ansammlung und Ergänzung des Reservefonds nicht ausreichen, so ist entweder eine Erhöhung der Beiträge oder eine Minderung der Kassenleistung herbeizuführen.

§ 78. Auf Krankenkassen, welche von Innungen für die Gesellen und Lehrlinge ihrer Mitglieder errichtet werden, finden die Vorschriften der §§ 32 und 33 ebenfalls Anwendung.

Also, Herr Zehle, wenn Sie sagen, wir brauchen ihn jedenfalls nicht, so können Sie das nur aus Unkenntniß gesagt haben.

Wenn die Berliner Ortskasse jetzt einen ziemlich hohen Beitrag zahlt, so thut sie es, um die vorgeschriebene Ergänzung des „unverständlichen hohen Fonds“ möglich zu machen, ohne mit ihren Leistungen zurückzugehen. Die Berliner Ortskrankenkasse steht thatsächlich in Bezug auf ihre Einrichtungen mit an erster Stelle. Sie zahlt ein Krankengeld von 10,50 M. pro Woche auf ein Jahr, während die gesetzlich zulässige Mindestleistung 9 M. pro Woche auf 13 Wochen beträgt; sie bezahlt vom ersten Tage des Krankseins an, während sie erst vom dritten Tage an zu zahlen braucht. Sie liefert Stärkungsmittel und gewährt Erholungsurlaub auf dem Lande, wozu sie gesetzlich nicht verpflichtet ist. Kurzum, sie ist sich ihrer sozialpolitischen Aufgaben bewußt und handelt danach. Es ist einfach ausgeschlossen, daß die Innungskasse diese Leistungen bei einem niedrigen Beitrag beibehalten kann, selbst dann nicht, wenn an Stelle der jetzigen arbeitskräftigen Beamten pensionirte Meister treten würden, sie wird auf die Mindestleistung herabgehen müssen. Infolgedessen wären die Gehilfen Geel, wenn sie sich eine solche Verschlechterung gefallen ließen, es geht sie aber ganz bestimmt etwas an.

Die Stellmacher-Innungskasse, die bereits sieben Jahre besteht, gewährt bei einem Beitrage von 48 Pf. nur die Mindestleistung und an eine Erhöhung ist gar nicht zu denken, da sie bei einer durchschnittlichen jährlichen Ausgabe von 9000 M. erst 3000 M. Reservefonds hat. Man ist im Gegentheil jetzt genöthigt, die Beiträge zu erhöhen, um die Mindestleistung weiter bezahlen zu können. Wird es bei der Sattler-Innungskasse anders aussehen?

Dankbar kann man den Meistern für die naive Unrichtigkeit sein, mit der sie die Gründe angeben, die zur Gründung einer Innungskasse veranlassen. Also weil die Gesellen höhere Löhne haben wollen — muß eine Innungskasse errichtet werden. Dem gewöhnlichen Menschenverstand ist der Zusammenhang etwas unverständlich, doch wollen wir uns auch keine Mühe geben, ihn zu suchen. Aber wir wollen konstatiren: Nicht deshalb, weil die Kasse schlecht verwaltet wird, sind die Meister besorgt, die Verwaltung in ihre Hände zu bekommen, sondern aus solchen Gründen, die mit der Kasse gar nichts zu thun haben.

Was der Vorstand über den Arbeitsnachweis sagt, ist leider Unfug. Wir sagen ausdrücklich „leider“, es wäre uns wirklich angenehm, wenn der Arbeitsnachweis eine solche Bedeutung hätte; was er aber die Unterstützung durch die Organe der Krankenkasse sagt, trifft auch daneben. Nicht die „Organe der Krankenkasse“ unterstützen die Bestrebung der Gesellen, es sind nur die Herren A., B., C., die in ihrer freien Zeit, außerhalb ihres Berufs als Krankenkassenbeamten und außerhalb ihrer Dienstzeit und ihres Dienstraumes mit den Gehilfen dabeim arbeiten, bessere Zustände im Berufe herbeizuführen; ihnen das zu verweigern, dazu hat der Innungsvorstand kein Recht, ebenso wenig wie wir Herrn Zehle verwehren werden, sich einem konservativen Wahlverein oder der Heilsarmee anzuschließen.

Was die Ansicht der Beamten der Ortskasse anbelangt, so glaubt der Innungsvorstand doch nicht etwa, daß sich die betreffenden Beamten selbst eingefügt haben, auch braucht er nicht zu glauben, daß die Generalversammlung der Krankenkasse unnütze Beamtenposten geschaffen hat. Man hat soviel Beamte, als zur Führung der Kassengeschäfte nöthig sind, und die nöthige Anzahl Beamte muß auch die Innungskasse haben. (Nebenbei bemerkt, wären wir Herrn Zehle sehr dankbar, wenn er uns den Gesetzes-paragraphen angeht, der bestimmt, daß die Meisterschaft den ersten



Nebentanten stellt. Uns ist davon nichts bekannt.) Glaubt man etwa, die Beamtenposten in der Krankenkasse wären nicht anderes als Versorgungsposten für ausgebildete Meister? Es sind Arbeitsposten und keine Ruheposten, deren Arbeit etwa Sonntagsnachmittags erledigt werden können. Mit der Ersparnis ist es also Eifrig. Nur an den Leistungen kann gespart werden, und ob die Ausschussbehörde einem solchen zweifelhaften und wenig zeitgemäßem Vorgehen ihre Zustimmung geben wird, erscheint uns nicht als zweifelhaft.

J. S.

## Die Arbeitslosigkeit in Leipzig.

Aur gegenwärtigen Lage in unserem Berufe ist zu berichten, daß dieselbe eine höchst aussichtslose und traurige ist. Soweit die kleineren Geschäfte in der Kleinfabrikbranche vor Weihnachten Arbeit für ihre Leute haben und Entlassungen vielleicht erst später zu erwarten sind, finden demgegenüber bei der Firma Mähler bereits seit vierzehn Tagen in umfangreichem Maße Entlassungen statt, welche auch nach Weihnachten in gleicher Weise ihren Fortgang nehmen. Vorkünftig betrifft es 20 Kollegen, darunter eine Anzahl Berbeiratheter. Auf der Liste für Entlassungen ohne Pension sind im Ganzen wohl an 50 Kollegen vorgemerkt. Nach Weihnachten können wir die Zahl genau angeben. Wir wollen nur kurz anführen, daß es von vornherein ausgeschlossen war, hier regeln einzugreifen. Plötzlich und unerwartet ist es gekommen, denn Kündigung besteht keine. Die Firma hat es zweifellos schon längst vorausgesehen, wie es kommen wird; sie hätte den Arbeitern schon vor einiger Zeit davon Mitteilung machen müssen, denn es wäre ihre Pflicht, Mittel und Wege zu finden, den Arbeiter auch über diese schlechte Zeit hinweg zu bringen. Die Hauptschuld tragen natürlich wiederum die indifferenten Kollegen, welche da glauben, wenn sie einmal als Inventarstück eingetragen sind, nicht mehr nötig zu haben, sich um das Loos ihrer Mitmenschen zu kümmern. Im Grunde genommen sind es diese Menschen, die diese traurigen Bilder gezeitigt haben. Nun muß wieder eine Anzahl dafür büßen. Soweit für heute.

Die Arbeitslosigkeit in Leipzig ist eine ungeheure, es mögen wohl an 12 000 Arbeiter beschäftigungslos sein. Mit Bangen und Graß sehen die Arbeitslosen Weihnachten, dem schönen Fest der Freude, entgehen. Es klingt wie Hohn: „O, du herrliche, o, du herrliche Weihnachtszeit, Friede auf Erden und dem Menschen einen Wohlgefallen.“

## Aus dem Auslande.

**Frankreich.** Die französischen Bergarbeiter bringen auf den Generalkongress hin, um dadurch verschiedene Forderungen durchzudrücken. Mit der Frage der Unterstützung desselben befaßte sich eine in Dover (England) zusammengetretene Konferenz von Vertretern der Bergarbeiter verschiedener Länder, deren Ergebnisse der französische Vertreter Basly in einer Versammlung mittheilte. Darnach haben die belgischen Vertreter erklärt, daß sich das Komitee des belgischen Bergarbeiterverbandes nicht an der Bewegung der französischen Bergarbeiter beteiligen wolle. Die deutschen und österreichischen Vertreter wiesen darauf hin, daß ein allgemeiner Auszustand sowohl für die deutschen und österreichischen wie für die französischen Bergarbeiter ein großes Unglück sein würde. Die englischen Vertreter sprachen sich dahin aus, daß sie nicht glaubten, die Förderung in genügender Weise einschränken zu können, um die Einfuhr von Kohlen nach Frankreich zu verhindern. Die französischen Bergarbeiter wären sonach bei ihrem Vorgehen auf ihre eigene Kraft angewiesen. Diese Erkenntnis wird hoffentlich nicht verfehlen, sie von der Durchführung ihres ebenso folgenschweren wie hoffnungslosen Planes zurückzuführen.

**Frankreich.** Der 2. Kongress der Metallarbeiter Frankreichs fand vom 20.—22. September zu Lyon statt. Besonders bemerkenswerte Beschlüsse wurden auf diesem Kongress, an dem auch die Tapezierer beteiligt waren, nicht gefaßt.

## Unsere ausländischen Organisationen.

In unserem Wiener Bruderorgan finden wir eine Beschwerde darüber, daß das österreichische Kriegsministerium 4000 Nummern in Deutschland ankertigen läßt, während in Wien genügend Arbeitslose vorhanden sind. Wo mögen dieselben angefertigt werden?

**Dänemark.** Die Verbandsabtheilung in Odense hat mit den Meistern ein Uebereinkommen betr. Organisationszwang getroffen. Jeder Meister, der einen Gesellen haben will, muß der Meisterorganisation und jeder Gehilze, der Arbeit haben will, muß der Gehilzenorganisation angehören. Eine Werkstatt wurde deshalb von den Gehilzen gesperrt, weil der Meister seiner Organisation nicht beitreten wollte.

## Verband der Sattler und verw. Berufsgenossen.

### Schaumachung.

In der letzten gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und Ausschusses wurde beschlossen, Marken mit der Bezeichnung „arbeitslos“ und „krank“ einzuführen. Diese Marken sollen im Mitgliedsbuch für diejenigen Wochen eingeklebt werden, in denen das Mitglied wegen Arbeitslosigkeit oder Krankheit vom Beitrag befreit war. Auf diese Weise wird es möglich sein festzustellen, wie viele Mitglieder dieser Gründe wegen keinen Beitrag zu zahlen brauchen.

Die bereits fertigen neuen Beitragsmarken, sowie diese in Arbeit befindlichen Marken werden den Verwaltungsstellen im Laufe der nächsten Woche zugesandt werden.

Die Abrechnung über das III. Quartal steht noch aus von Barmen, Esleben, Forst, Görlitz, Koburg, Kolberg, Königsberg. Wir bitten um sofortige Einendung, da in der nächsten Nummer die Gesamtabrechnung auf jeden Fall erscheinen soll.

Der Vorstand.

J. A.: Joh. Sassenbach.

### Abrechnung vom 28. November bis 12. Dezember 1901.

Einendungen von Verwaltungsstellen: Berlin VI 20,—, Hamburg II 30,— M. Summa 50 M.

Aufnahme von Einzelmitgliedern: J. Roes 0,50, P. Schöning 0,50, R. Rorge 0,50, D. Rumiß 0,50 M., Düsseldorf. Summa 2,— M.

Beiträge von Einzelmitgliedern: E. Behmann-Naßrow 3,—, M. Geiger-Brunnen 4,80, E. Mielke-Parchim 2,60, W. Wittwig-Saarlouis 2,60, 9 Einzelmitglieder aus Soldin 9,—, M. Pehse-Weidau 0,80, R. Gembus-Rosla 2,60, F. Lange-Gredes-mühlen 2,80, M. Fischer-Möln 1,60, S. Arndt-Ribnitz 2,—, A. Siebte-Lengede 2,60, E. Frank-Stadthagen 2,60, A. Wehmeister-Röbel 3,—, (J. Roes 0,20, D. Rumiß 0,20, R. Rorge 0,40, P. Schöning 0,40, Düsseldorf) E. Schwarzer-Helmstedt 2,— M. Summa 43,20 M.

Georg Standke, Hauptkassier.

Berlin SO.

Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus.

### Nachtrag zum Adressen-Verzeichniß.

Eschen 1. J. B. Ernst Sundt, Karlstr. 1. K. Robert Ulze, Leipzigerstr. 76.  
Halle. B. Paul Seibel, Barfüßerstr. 16, S. I.  
Bamberg 1. B. Sebastian Drexelitz, Altonaerstr. 42, Haus 3. III.  
Stuttgart. Reise-Unterstützung bei H. Wönl, Gaisburgstr. 10, pt.

### Mittheilungen der Agitations-Komitees.

#### Bericht der Agitations-Kommission, Berlin I, vom 1. April 1901 bis 14. Oktober 1901.

Einnahme laut Bericht des Kassiers	157,87 M.
Ausgabe	134,05
	<u>23,82 M.</u>

Es fanden 86 Werkstüdenkungen und zwar für folgende Firmen statt: Edert, Behmann u. Schlegler, Schaffer, Quant-mayer, Valentin, Seifert, Kleinhardt, Weise u. Düwe, Reichelt, Opitz, Schlegler, Guttmund, A. W. Schulze, Pulver, Maye, Partel, Weinberg, Reining, für die Eisenmöbelbranche u. A. — Kommissionskungen 8; außerordentliche 1; Vertrauensmänner-sikungen 3. — Ausnahmen waren 4 zu verzeichnen; Marken wurden 269 gelebt; Karten zur Aufnahme der Lohnstatistik wurden ca. 200 ausgegeben, ausgefüllt zurück kamen nur 87. Diese Flauheit der Kollegen, meistens derjenigen, die bei Kleinmeistern beschäftigt sind, muß schärfstens verurtheilt werden, da wir dadurch nicht in der Lage sind, eine genaue Statistik anzuarbeiten.

Das Rejultat der uns vorliegenden Lohnkarten ist folgendes (die Karten gelten für 1. Januar 1901 bis 1. Juli 1901):

Gr. 5. 11 Karten. Arbeitszeit vor dem Streik durchschnittlich 65 $\frac{1}{2}$  Stunde, nachher 53 $\frac{3}{4}$  Stunden. Durchschnittlicher Stundenlohn vor dem Streik 49 $\frac{1}{6}$  Pf., nachher 49 $\frac{11}{13}$  Pf. — Einzelne Kollegen haben in Folge Ueberstunden vor dem Streik eine Arbeitszeit bis 87 Stunden, nachher bis 82 Stunden gehabt.

A. W. Schulze, 4 Karten. Vor dem Streik nominelle Arbeitszeit 60 Stunden, durchschnittlich geleistete Arbeitszeit 51 $\frac{1}{2}$  Stunden, durchschnittlicher Stundenlohn 42 $\frac{1}{5}$  Pf.; nachher 54 resp. 46 $\frac{1}{2}$  Pf. und 46 $\frac{1}{5}$  Pf.

Dobrowolski, 6 Karten. Vor dem Streik nominelle Arbeitszeit 60 Stunden, durchschnittlich geleistete Arbeitszeit 62



Stunden, durchschnittlicher Stundenlohn 41<sup>10</sup>/<sub>10</sub> Pf.; nachher 54 resp. 53 Stunden und 51<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Pf.

**Scheffler.** 6 Karten. Vor dem Streik nominelle Arbeitszeit 60 Stunden, durchschnittlich geleistete Arbeitszeit 60 Stunden, durchschnittlicher Stundenlohn 38<sup>2</sup>/<sub>5</sub> Pf.; nachher 55<sup>1</sup>/<sub>2</sub> resp. 54 Stunden und 44 Pf. — Einzelne Kollegen haben in Folge Ueberstunden vor dem Streik eine Arbeitszeit bis 70 Stunden, nachher bis 69 Stunden gehabt.

**Doring u. Sohn.** 6 Karten. Vor dem Streik nominelle Arbeitszeit 60 Stunden, durchschnittlich geleistete Arbeitszeit 56<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden, durchschnittlicher Stundenlohn 38<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Pf.; nachher 54 resp. 38<sup>2</sup>/<sub>5</sub> Stunden und 51<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Pf.

**Ruszkynsky.** 7 Karten. Vor dem Streik nominelle Arbeitszeit 57 Stunden, durchschnittlich geleistete Arbeitszeit 64 Stunden, durchschnittlicher Stundenlohn 42<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Pf.; nachher 54 resp. 53 Stunden und 48<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Pf.

**Rabe.** 6 Karten. Vor dem Streik nominelle Arbeitszeit 63 Stunden, durchschnittlich geleistete Arbeitszeit 56<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden, durchschnittlicher Stundenlohn 38<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Pf.; nachher 54 resp. 49<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden und 43<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Pf.

**Grothe.** 3 Karten. Vor dem Streik nominelle Arbeitszeit 60 Stunden, durchschnittlich geleistete Arbeitszeit 60 Stunden, durchschnittlicher Stundenlohn 36<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Pf.; nachher 54 resp. 51 Stunden und 52<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Pf.

**Edmann u. Schleginger.** 4 Karten. Vor dem Streik durchschnittliche Arbeitszeit 56<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden, durchschnittlicher Stundenlohn 42 Pf.; nachher 53 Stunden und 50 Pf.

**Valentin.** Vor dem Streik nominelle Arbeitszeit 59<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden, durchschnittlich geleistete Arbeitszeit 54<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden, durchschnittlicher Stundenlohn 46<sup>10</sup>/<sub>18</sub> Pf.

Hierzu sei bemerkt, daß bei den zuletzt genannten Firmen die Kollegen erst nach der Lohnbewegung der Organisation beigetreten sind, um später etwas erlangen zu können. Es sind einzelne Karten hier nicht angeführt, diese kommen aber nicht in Betracht. Bei den hier angeführten Firmen stellt sich der Durchschnitts-Stundenlohn vor dem Streik auf  $42\frac{1}{4}$  Pf. nach dem Streik auf  $49\frac{1}{4}$  Pf.

Durchschnittliche Lohnerhöhung  $6\frac{3}{4}$  Pf.

Mithin ist etwas durch unsere Bewegung erzielt worden.

Die Agitationskommission der Sattler, Berlin I.  
J. K.: Roman Chrzanoski.

**Berlin III.** Zweiter Vierteljahrsbericht der Agitationskommission der Täscher und Koffermacher von Monat August, September, Oktober. Ordentliche Kommissionssitzungen fanden drei statt, in jedem Monat eine. Außerordentliche wurden vier abgehalten. In den ordentlichen Kommissionssitzungen wurde beraten über Agitation und Organisation. Ebenso gab die innere Kommission, welche aus drei Mitgliedern besteht und die Werkstübenagitation zu erledigen hat, ihren Bericht. Vertrauensmännersitzungen fanden zwei statt, eine ordentliche und eine außerordentliche. Es wurden die eingelaufenen Statistiken ausgearbeitet und wieder neue ausgearbeitet und preisgegeben. Die Geschäfte der Lokal-, Streik-, sowie Agitationskasse wurden laut Prüfung derselben aufs Beste erledigt. Die Listen vom Dresdener Streik wurden mit 440,45 Mk. abgerechnet. Eine Maßregelung, der Fall Vier, fand zweimal zur Beratung. In dieser Sache wurde die Kommission bei dem Unternehmer vorstelltig, aber ohne Erfolg. Die innere Kommission hielt in dem Vierteljahr 23 Werkstübensitzungen ab.

Auf Monat August fielen 8  
" " " " " " 8  
" " " " " " 8

In den Werkstübensitzungen wurde agitiert für den Verband und Lokal- und Streikkasse, ebenso für besseren Versammlungsbesuch, und wurde untersucht, ob erreichte Forderungen auch erfüllt erhalten werden. Die Wahl von Vertrauensmännern wurde ebenfalls vorgenommen. Aufnahmen in den Verband machte die Kommission 12. Am 19. September wurde eine öffentliche Versammlung von der Kommission einberufen, die den Zweck hatte, die Kollegen aus der Filiale wieder neu zu beleben.

Die Agitation wurde im Allgemeinen sehr erswert. Erstens wegen der schlechten Geschäftslage, die sogenannte Krise, welche sich auch schon bei uns sehr bemerkbar macht, sodas die meisten Kollegen einen großen Ausfall in ihren Löhnen verspüren. Haben wir doch einzelne Betriebe, welche nur auf eine 17—30 wöchentliche volle Arbeitszeit in diesem Jahre zurückbilden können. Zweitens leidet die allgemeine Erfahrung, daß vor einer Lohnbewegung selbst die indifferentesten Kollegen leichter zu gewinnen sind als nach derselben festzuhalten, weil sie, wenn der Vorteil in der Tasche steht, aus Egoismus nicht viel an ihre anderen Kollegen denken, welche Jahr für Jahr in hater Arbeit für sie sind.

**Der Leiter der Agitation.**

J. Hesse, Berlin, Anklamerstr. 24.

**Für Agitation.** Auf die in Nr. 22 angeregte Frage der gemeinschaftlichen Agitation haben der Gauvorstand der Tapetierer, Kollege Hannemann in Stuttgart, sowie das Agitationskomitee

für Hesse bereits die That folgen lassen, indem für den 5. Januar 1902 nach Karlsruhe resp. für den 16. Februar nach Offenbach Konferenzen einberufen wurden, die sich mit der Sache gemeinschaftlicher Agitation befassen werden. Die Filiale München besaßte sich in ihrer letzten Versammlung auch mit dieser Angelegenheit und erlaubte sich, folgenden Vorschlag zu unterbreiten: Ende Januar (26.) möchten beide Organisationen ihre Konferenzen in Stuttgart abhalten. Jede würde dort für sich die zu erledigenden Angelegenheiten beraten. Der Punkt: „Gemeinschaftliche Agitation“ soll aber gemeinschaftlich beraten, eventuelle Beschlüsse gemeinschaftlich gefaßt werden. Die Gründe, die die Filiale München veranlaßten, diesen Vorschlag zu unterbreiten, liegen klar zu Tage. Soll eine erprobliche Agitation entfaltet werden, dann müssen die in Betracht kommenden Faktoren sich vor allen Dingen unter sich verständigen: über die Art der Agitation, über den Zeitpunkt, über die genaue Abgrenzung der Bezirke, über die Personen, die eine Agitationskreise unternehmen sollen u. s. w.

Daß dies eben nur in einer gemeinschaftlichen Sitzung geschehen kann, darüber wird wohl kein Zweifel bestehen. Soll also keine Halbheit, sondern etwas möglichst einheitlich Vollkommenes geschaffen werden, dann dürfte der vorgeschlagene Weg der gangbarste sein. Es gilt nun rasch zu arbeiten und sind die Filialen hiermit dringend ersucht, sich sofort an ihre Agitationskomitees zu wenden, mit deren Leiter ich mich sogleich brieflich in Verbindung setzen werde.

In der letzten Nummer unserer Zeitung ersucht Kollege Sassenbach die Filiale München, Näheres über die Verhandlungen im bayerischen Landtage bezüglich eines Beschlusses, der die Heimarbeit berührt, zu berichten. Es wäre der Sache schon näher getreten worden, wenn nicht noch einige Punkte, die hier einschlägig sind und worüber noch Verhandlungen schweben, zu erledigen wären. Ist dies geschehen, dann werden wir uns in einer Versammlung eingehend mit dieser Materie befassen und hoffen, daß unser Abg. F. Schmitt, der in dieser Frage im Landtage mehrmals eingriff, hierüber referieren wird. Ein ausführlicher Bericht wird dann folgen.

J. K. der Filiale München:  
G. Mauerer.

**Lebens!**

Am Donnerstag, den 5. d. Mis., starb durch einen Unglücksfall unser langjähriges Mitglied

**Heinrich Oshus**

im Alter von 88 Jahren.

Wir verleben in ihm ein treues und braves Mitglied und werden ihm stets ein gutes Andenken bewahren.

Zahlstelle Holsfeld.

**Dresden I.** Sonnabend, den 30. November, fand unsere regelmäßige Versammlung statt. Herr Dr. Engelmann sprach über: Höfen- und Seeluft. Hieran schloß sich die Fragestellerdebatte, in welcher verschiedene Fragen gestellt und beantwortet wurden. Zum Bericht des Gesellenauschusses erhält Kollege Pöschwig das Wort. Die Gehilfen hatten einen Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit eingereicht, damit bei dem schlechten Geschäftsgang nicht noch mehr Gehilfen arbeitslos werden. Dieser Antrag wurde wohl angenommen, ob er aber ausgeführt wird, muß erst abgewartet werden. Unter Gewerkschaftlichem theilt Kollege Sauer mit, daß wir leider wieder einen Kollegen, welcher sehr thätig war, durch Abreise verlieren, indem Kollege W. Schmidt nach Australien auswandert, da derselbe (ein Ausgesperrter von Dippold) sich nach dem Streik um die Stelle beworben und diese jetzt antritt. Dadurch wird der Firma Dippold eine Konkurrenz geschaffen, welche ein wettes Abgabebiet vor sich hat, so arbeitet sich die Firma direkt zum Schaden. Die anwesenden Kollegen erheben sich zu Ehren des Scheidenden von den Plätzen. Dann richtet Kollege Schmidt noch einige kurze Abschiedsworte an die Anwesenden. Darauf folgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Hamburg I.** Mitgliederversammlung vom 7. Dezember. Zunächst ersichtete Kollege Koopmann Bericht vom Gewerkschaftsartell und erklärte sich die Versammlung mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden. Dann wurde unser Schriftführer, Kollege Drexelius, zum Bevollmächtigten, Kollege Schäfer zum Schriftführer und Kollege Hitzlauer zum Revisor gewählt. Die Wahl eines Agitationskomiteemitgliedes wurde der Filiale II überlassen, da dieselbe nicht im Komitee vertreten ist. Beim vierten Punkt: Stellungnahme zur Agitationskonferenz in Uetersen wurde beschlossen, diese nicht durch einen Delegierten zu beschicken, sondern uns durch das Agitationskomitee vertreten zu lassen und zwar aus Sparsamkeitsrückichten. (Falls kein gutes Vorangehen der größten Filiale im Bezirk. Der Schriftführer.) Zur Gewerkschaftsausfrage war vom Vorstände unter Bezugnahme der in letzter Versammlung angenommenen Resolution folgender Antrag eingebracht:



Wenn nur Antheilscheine à 1000 Mk. ausgegeben werden, müssen wir auf jede finanzielle Beteiligung am Bau eines Gewerkschaftshauses in Hamburg verzichten, wenn Antheilscheine bis höchstens 500 Mk. ausgegeben werden, sind wir gewillt, gemeinschaftlich mit Filiale II einen Antheilschein zu erwerben, jedoch muß die Summe durch Extrabeträge von den Mitgliedern aufgebracht werden, welche nicht zurückertattet werden können."

In der Diskussion waren sämtliche Redner der Ansicht, daß die Kommission sich schwer auf kleinere Antheilscheine einlassen wird und wir bei 500 Mk. auch mindestens 15 Bg. pro Woche im Jahre 1902 bezahlen müssen. Da wir jedoch keinen Zwang auf Bezahlung bei den Mitgliedern ausüben können, so würden auch viele Kollegen diesen Verpflichtungen nicht nachkommen. Es wurde deshalb beschlossen, unsere Sympathie für den Bau des Gewerkschaftshauses auszusprechen, jedoch von jeder finanziellen Beteiligung Abstand zu nehmen. Im Verschiedenen forderte Kollege Biehs die Kollegen auf, sich mehr zur Teilnahme am Dekorationskursus zu melden, da wir denselben sonst wegen zu schwacher Beteiligung in diesem Winter nicht abhalten können. Das Vergütungskomitee machte bekannt, daß vom Unterhaltungsabend f. r. die Arbeitslosen zu Weihnachten ein Ueberfluß von 18 Mk. vorhanden sei. Kollege Frenkhaber stellt den Antrag, daß dieses Geld zu Weihnachten gleichmäßig unter den Kollegen verteilt werden soll, welche mindestens eine Woche arbeitslos sind. Sind mehr Arbeitslose vorhanden, so soll jeder mindestens 2 Mk. erhalten und soll der Fehlbetrag aus der Vorkasse gedeckt werden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Da weiter nichts vorlag, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Hannover.** Am 30. November gab unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Ueber 11: Vorschläge Maurer-München fand eine recht lebhaft Besprechung statt, an der sich fast alle Kollegen beteiligten. Die meisten sprachen sich dahin aus, daß die Eintheilung unseres Verbandes in Gau und die Anstellung eines besoldeten Beamten für Süddeutschland jetzt, wo unsere Kassenverhältnisse keine guten sind, noch nicht zu bestürmen sei. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: Der Vorstand wird beauftragt, die Filialen der Agitationsbezirke Hannover-Nord, Hannover-Süd und Schleswig-Holstein zu erforschen, Stellung zu nehmen zum Vorschlag Maurer-München, betreffs Eintheilung des Verbandes in Gau resp. Anstellung eines besoldeten Beamten, da ein Teil der Mitglieder der Filiale Hannover die Durchführbarkeit dieses Systems bekräftigen.

**Leipzig.** In der am 30. November stattgefundenen Mitglieder-Versammlung gab Kollege Busch zum 1. Punkt der Tagesordnung den Kassen- und Tätigkeitsbericht des Agitationskomitees vom Bezirk Leipzig West. Der Bericht ist bereits in voriger Nummer unserer Zeitung erschienen. Die Versammlung genehmigte den Kassenbericht und war mit der Tätigkeit des Komitees, welche ja bekanntlich immer mit viel Mühe, Geld und wenig Erfolg verknüpft ist, einverstanden. Ein Antrag, das neue Komitee nur aus drei Mitgliedern bestehen zu lassen, wurde abgelehnt. Es wurden gewählt die Kollegen Busch, Garde und Böhmig. Sodann wurde über die statistischen Bogen, welche im Januar zur Ausfüllung gelangen sollen und im Dezember noch ausgegeben werden, debattiert. Unter Gewerkschaftlichem bringt Kollege Busch eine Beschwerde zur Sprache. Dieselbe richtet sich in der Hauptsache gegen den Zentralvorstand, welcher unterlassen hat, bei der Aufstellung der Fragen zur Urabstimmung auf die vorgeschlagene Klasseneinteilung Rücksicht zu nehmen. Allerdings sei es nun zwecklos, da die Abstimmung vorüber ist, selbiges müsse aber auf der Generalversammlung zur Sprache gebracht werden.

**Mannheim.** Am 16. November fand unsere regelmäßige Versammlung statt. Die Kollegen Pfleger und Götter gaben uns Auskunft über Angelegenheiten des Kartells, wobei u. a. die Anträge des Arbeiterssekretariats verlesen wurden, wonach die Beiträge zu demselben obligatorisch eingeführt werden sollen. Kollege Penkler machte auf ein energisches Verfahren gegen Kollegen, welche 15 Wochen und noch mehr rückständig sind, aufmerksam. Betreffs der kombinierten Sitzung mit dem Vorstand des Tapeziererverbands erstattete der Vorsitzende Bericht, und der Vorstand vom Tapeziererverband, Kollege Schwinghammer, der unserer Versammlung beiwohnte, hat das bezeugt; es gaben noch mehrere Kollegen ihre Anschauungen kund, woraus man zu der festen Überzeugung gelangte, falls eine Vereinigung der beiden Verbände zu Stande komme, ein fleißiges Wirken von beiden Seiten, hauptsächlich in kleineren Städten und Ortschaften, zahlreiche Früchte erntet. Man beschäftigte sich dann mit der Frage betreffs Entsendung eines Referenten zu der am 5. Januar 1902 in Karlsruhe stattfindenden Konferenz der Tapeziere, und da Kollege Maucere aus München der Antragsteller ist, glaubt die Filiale Mannheim, in diesem den Richtigen gefunden zu haben.

Hierauf lies folgende Resolution ein:

„Die heute im Bremer Eck tagende Versammlung sieht einer gemeinschaftlichen Agitation zwischen Sattler- und Tapeziererverband sehr sympathisch gegenüber, sie sieht nur in einer gemeinschaftlichen Agitation das Mittel, die in den kleineren Orten beschäftigten Kollegen dem Verband nahe zu bringen, und wünscht, zu der am 5. Januar stattfindenden Konferenz der Tapeziere den Kollegen Maurer-München als Referenten

zu bestellen, um die gegenseitigen Meinungsverschiedenheiten auszuräumen zu können und um eine kräftige Agitation im Leben zu rufen.“

Die Resolution wurde angenommen.

**Planen i. W.** Sonntag, den 17. November, fand hier eine öffentliche Sattler- und Tapezierer-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen der Organisation. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Der Referent, Kollege Busch aus Leipzig schilderte in breiten Worten die misslichen Lohn- und Arbeitsbedingungen im Sattler- sowohl wie im Tapeziererberufe, streifte die traurigen Zustände im Bekleidungsweesen, besonders auf die schlechte Ausbildung und deren Folgen hinweisend. Redner geht dann auf die Entstehung und Entwicklung unseres Handwerks vom Alterthum bis zur Gegenwart ein, wies darauf hin, wie durch Einführung moderner Verkehrsmittel unser eigentlicher Beruf, die Geschirrfabrikation, immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird, die Sattler gezwungen sind, sich auf andere Arbeitsgebiete zu legen. Den projektirten Zolltarif einer herben Kritik unterziehend, machte Redner auf die üblen Folgen aufmerksam, einerseits durch die Konkurrenz, andererseits durch Erschwerung des Exports von Lederwaaren. Auf das eigentliche Thema: „Warum organisiren wir uns?“ eingehend, schilderte Kollege Busch in trefflichen Worten den Werth derselben, auf die Errungenschaften in verschiedenen Städten sowie auf das Unterstützungsweesen hinweisend. Mit der Aufforderung, alle Anwesenden möchten sich der Organisation anschließen, schloß Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Der Vorsitzende bringt folgenden Beschluß zur Besetzung, welcher einstimmige Annahme fand:

„Die Anwesenden bei der am 17. November im Trompeterschloßchen stattgefundenen Sattler- und Tapezierer-Versammlung erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten allseitig einverstanden, und versprechen, dahin zu wirken, daß sämtliche hier beschäftigten Gehilfen dem Sattler- oder Tapeziererverband beitreten, um endlich auch in Planen einmal menschenwürdige Zustände zu schaffen.“

Der Vorsitzende schloß hierauf die interessante Versammlung. Anwesend waren 21 Kollegen. Aufnahmen ließen sich 3 Kollegen in den Sattlerverband und 2 in den Tapeziererverband. Außerdem sind noch 4 Sattler im Tapeziererverband.

Die Gründung einer eigenen Zählstelle ließ sich zur Zeit noch nicht vornehmen, es sollen die Sattler den Tapeziererverbänden beiwohnen.

**Neutlingen.** Am Samstag, den 30. d. Mts., fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Der Vorsitzende brachte verschiedene geschäftliche Angelegenheiten zur Sprache. Unter anderem verlas er ein Schreiben vom Zentralvorstand, das die Aufnahme eines Eingekandt in Sachen Vogelhuber contra Maurer verweigerte. Das besagte Manuscript verlas Kollege Brenz. Dasselbe war in allen Theilen sehr scharf gehalten in Bezug auf das Eingekandt Vogelhuber-Würzburg. Der betreffende Kollege, der den Rahmen der Beschlussfassung der Versammlung überschritten hatte, bekam für diese Vortrage eine Rüge vom Vorsitzenden. Derselbe ließ er aber nicht auf sich sitzen und verteidigte sich mit der Motivierung, daß er den Auftrag erhalten habe, recht scharf gegen das Eingekandt vorzugehen, und erachte es für seine Pflicht, dies in einem „Eingekandt“ zu thun. Es wurde hin und her debattirt und schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung der Zählstelle Neutlingen spricht ihre Mißbilligung aus, weil das Eingekandt Vogelhuber contra Maurer nicht in die Fachzeitung aufgenommen worden ist, und fragt zugleich an, ob das Vogelhuber'sche Eingekandt auch dem Ausschuss vorgelesen hat. Die Versammlung ist der Ansicht, daß dasselbe auch hätte zur Verfügung gegeben werden sollen. Die darinnen vorgekommenen Angriffe hätten dann das zur Verfügung gestellte Eingekandt nicht gezeitigt.“

Aus dem Gewerkschaftsbericht ist hervorzuheben ein Schriftstück vom Redakteur des Arbeitsmarktes Herrn Jastrow, welches verschiedene Fragen enthielt. Unter anderem: Wie viele gewerbliche Arbeiter und wie viele Arbeitslose sind in dieser Stadt? Das Ausfüllen der Fragebogen soll der Vorsitzende der vereinigten Gewerkschaften besorgen. Hier hatte Kollege Brenz einen Einwand vorzubringen. Der Kollege war der Ansicht, daß diese Fragen von den einzelnen Gewerkschaften am gewissenhaftesten beantwortet werden könnten. Weiter wurde zum Verbandsstag der Arbeiterssekretariate, welcher in Stuttgart im März nächsten Jahres stattfindet, dem Gewerkschaftsvorsitzenden Jakob Kurz beauftragt.

Zum vierten Punkt erhielt Kollege Jakob Müller das Wort zu längeren, aufklärenden Ausführungen. An der Hand des Würzburger Vorschlags befaßte er sich mit den wichtigsten von den aufgestellten Thesen. Sehr richtig sei es, meint er, wenn man alle in Betracht kommende Städte vermittelst gemeinsamer Versammlungen auf diese wichtige Frage aufmerksam machen würde. Denn ganz klar tritt zu Tage, je weiter man Mitglieder ihrem Verbande zuführt, um so fester und energischer kann man die Ziele der Gewerkschaften fördern helfen. Will man nun solches Bestreben, so sei es sehr zweckdienlich, daß man unsern Verband in größerer Gänge eintheilt, an deren Spitze ein vom Verband bezahlter Gauobmann steht, der dann zu jeder Zeit für die nötige Aufklärung unter den



Mitgliedern besorgt ist, oder, wenn derselbe rhetorische Fähigkeiten sein eigen nennt, jederzeit selber für unsere Ideen eintritt. Will man dies aber ganz intensiv betreiben, so ist es vor allen Dingen notwendig, daß wir uns mit dem uns am nächsten verwandten Verbände, den Tapezierern, ganz identisch fühlen, das heißt mit kurzen Worten gesagt: ein Gegenseitigkeitsverhältnis mit denselben in aller-Ruhe erstreben sollen. Die Vortheile, die uns durch ein solches Abkommen zugeführt werden, lassen es angebracht erscheinen, daß das Projekt nicht auf die lange Bank geschoben wird. Weiter wird dadurch die Gründung von Filialen viel leichter zu bewerkstelligen sein, als es bisher der Fall gewesen ist; in folgedessen kann man beiden Verbänden auch mehr Einzelmitglieder zuführen, was oft nur mit ganzer Aufbietung aller Kraft geschehen kann. Die heutige Parole heißt ja: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“. Nur in ganz kleinen Punkten ist der ausführende Kollege nicht mit dem Vorschlage einverstanden. Es betrifft die Bezirksbeiratsbeiratsung. Ueber diesen Mangel kann man sehr wohl hinwegschreiten. Für seine gemachten Erläuterungen erhielt er seinen verdienten Beifall.

Hieran schließt sich eine längere Debatte. Der Vorsitzende meinte, es soll für jetzt als dringendes Bedürfnis das Gegenseitigkeitsverhältnis hauptsächlich in Betracht gezogen werden. Denn durch dasselbe ließe sich dann besser mit den „Herren“ Tapezierern in Verbindung treten. Die Gauvertheilung möchte er noch nicht in Betracht gezogen wissen. Des Weiteren ist er der Ansicht, daß auf erstgenanntem Gebiete der Zentralvorstand eine regere Agitationsfähigkeit entfalten möchte.

In letzter Zeit sind sehr viele Klagen in dieser Hinsicht sehr offen zu Tage getreten. Ganz neu ist der Fall Königsberg. Auch Reutlingen hatte schon so einen Abgabebrief erhalten. Es betraf dies seinerzeit eine öffentliche Versammlung in dieser Stadt im Anschluß an den Stuttgarter Parteitag; denn Vielen wird es noch in Erinnerung liegen, daß Reutlingen ja an einer Dummelbahn liegt. Wenn nur der Herr Zentralvorstand nicht auch für die wirkliche Zeit mit einem „Dummelzug“ fährt! Bekanntlich fährt der „Zug der Zeit“ ein rascheres Tempo. Diese Saumseligkeit wurde von einem anderen Kollegen noch etwas schärfer genommen, was wir im Interesse des Verbandes und der Person des Vorsitzenden selber nicht publizieren wollen. Letzteres wurde dann vom Kollegen Brenz in ein milderes Farbenbild gestellt, denn oft sei es nicht ganz zum Verdammen, denn leicht könnten Fälle eintreten, von der oft keine Ahnung in der Luft liegt. Zu den Ausführungen von Kollege Müller hatte er auch längere Worte. Derselbe wußte den Herren Tapezierern mit ganzer Gerechtigkeit vor, daß sie mit einer großen Dosis Egoismus behaftet seien. Seine Gründe sind ebenfalls gerechter Natur. Denn warum sind denn die Tapezierer aus unsern Verbänden ausgestiegen und haben sich eine eigene Organisation gegründet? Wäre ihr egoistisches Wesen nicht vorhanden, so hätte es zu diesem Thun und Gebahren nicht kommen können. Hätten die betreffenden norddeutschen Väter die Ein- und Weitsicht besessen, so hätten sie es nicht für nothwendig zu befinden geglaubt, durch Gründung einer eigenen Organisation die des Sattlerverbandes zu schwächen. Nun dieselben einen eigenen Verband haben, zeigt sich die verdamnte Nothwendigkeit bei den süddeutschen organisierten Tapezierern, mit uns in ein diesbezügliches Verhältnis zu treten. Dasselbe wurde auf unserer Agitationskonferenz in Ulm dieses Jahr schon in Fluß gebracht. Kollege Brenz meint nun, ob nicht thatsächlich Egoismus diese Frucht gereift hat. Dies wurde ihm zugegeben. Er ist ebenfalls der Meinung, daß auf diesem Gebiete etwas Nennenswerthes geschafft werden soll. Denn mit vereinten Kräften muß es gelingen, was wenige niemals fertig bringen. (Den Märbergern dieser Satz in ihr Werkstücklein. Km. des Schriftl.)

Auf diese Ausführungen, zwecks Gründung einer eigenen Organisation, hatte der Vorsitzende noch einige Worte. Er erklärte, daß die Tapezierer früher schon für sich gewesen sind und auch ein eigenes Organ hatten. Doch wurde ihm aber erwidert, daß es sich hier nur um Lokalorganisation hätte handeln können, denn sonst hätten sie sich nicht vor zwei Jahren zentralisieren brauchen. Als Resultat dieses Punktes lies folgende Resolution ein:

Die heutige Versammlung spricht sich für den Vorschlag des Agitationskomitees München sehr warm aus. Sie beauftragt den Zentralvorstand sowie den Ausschuß, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen; ihre Ansicht diesbezüglich zu äußern. In dieser Hinsicht soll die Saumseligkeit des Zentralvorstandes einer regen Vorschlagsweise Platz greifen, indem in letzter Zeit sehr viele Klagen zum Vorschein gekommen sind.

Ebenfalls bittet die Bezirksstelle Reutlingen, daß sich jede Bezirksstelle zu diesem Vorschlag äußert; denn nur durch ein Gegenseitigkeitsverhältnis mit den Tapezierern kann ein Nutzen erzielt werden.

Unter Verschiedenem brachte der Vorsitzende eine Kompromittierung der Sattler bei J. J. Schlager von Herrn Feder- und Dreibrümmfabrikant J. Hahn zur Sprache. Die Anwesenden legten energisch Protest gegen dieses Gebahren ein und versprachen, es nach jeder Hinsicht zu erschöpfen und falls die Aussage von J. Hahn wahr sein sollte, denselben gerichtlich zu belangen wegen seiner elenden Handlungsweise. (Nachträglich stellte sich heraus, daß es

nicht wahr Sattler, sondern andere Arbeiter der gleichen Firma waren.)

(Die Kollegen in Reutlingen möchten sich doch endlich darüber beruhigen, daß ich im Jahre 1898 nicht nach Reutlingen kommen konnte. Ich habe es ihnen doch genügend auseinandergesetzt, daß an dem Nachmittage, an dem ich nach Reutlingen fahren wollte, auf dem Parteitage in Stuttgart eine wichtige Abstimmung stattfand, bei der anwesend zu sein meine Mandatgeber verlangen konnten. Was die Versammlung in Königsberg anbetrifft, so wird Jeder, der die Entfernung zwischen Berlin und Königsberg kennt, es nicht ohne Weiteres als ein Verbrechen betrachten, wenn man sich scheut, allein wegen einer einzigen Versammlung in einer Verwaltungsstelle, die sich gut entwickelt und wo keine besondere Ereignisse vorlagen, die theure Reise anzutreten. J. S.)

**Meistersm.** Versammlung am 30. November 1901 in „Wacker's Herberge“. Kollege Fingrieder aus Hamburg spricht über: Die gegenwärtige Geschäftslage und die Arbeiter. Der reiche Beifall, der dem Redner am Schlusse seiner Rede gesendet wurde, bewies, daß die Anwesenden mit seinen Ausführungen einverstanden waren. Nachdem einige Kollegen noch auf den Zweck und Nutzen unserer Organisation hinwiesen, ließen sich mehrere Kollegen aufnehmen. Als Vertreter zur Konferenz des Agitationskomitees wurden Elm und Krause, als Kartelldelegirter Schmidt und zu Revisoren Dietje und Brüggemann gewählt. Köhn ersucht den Kollegen Schmidt, daß er auch an den Kartellkongressen theil nehmen möchte. Unter Verschiedenem wird noch bemerkt, daß die Konferenz des Agitationskomitees am 5. Januar in unserer Filiale in Wacker's Herberge stattfindet. Nach der Konferenz findet beim Gastwirt Schüder ein Kommerz statt, auf welchem Kollege Fingrieder-Hamburg die Festeire halten wird. Zahlreiche Theilnahme wurde von allen Seiten gewünscht. Ferner wurde noch darauf hingewiesen und allgemein bedauert, daß es mehrere Kollegen von der Firma S. O. Wulf trotz schriftlicher Einladung nicht der Mühe werth gehalten hatten, in der Versammlung zu erscheinen. Sie fühlten sich wohl zu „mollig“, denn sie l o n e n ja jetzt ein paar Ueberstunden machen. Es sind etliche hierunter, welche „zu Hause“ für über Arbeitsgelegenheiten „diskutieren“ und sogar in der Werkstätte ihre Kollegen mit Sticheleten überhäufen, aber zur öffentlichen Aussprache sind sie nicht zu bekommen. Nachdem noch einige Angelegenheiten erledigt wurden, wurde die gut besuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf unsere Organisation geschlossen.

**Elm.** Versammlung vom 30. November. Kollege Wotht erstattete Bericht vom Gewerkschaftskartell und theilte mit, daß das Kartell beschlossene habe, eine Bibliothek zu gründen, wozu die Gewerkschaften ihre Bücher einbringen sollten, ferner wies er darauf hin, daß Weihnachtsfeier mit Gedenkfeier stattfinden, und daß in nächster Zeit ein Diskurs ins Leben gerufen werden soll. Zum Revisor wurde Kollege Schrad gewählt. Unter Verschiedenem wurde Kollege Jul. Hch, Buch-Nr. 15 784, aus dem Verband ausgeschlossen, da er sich gegen unsere Statuten (§ 6) vergangen hat.

## Rechtsprechung.

**Preis Lohnentschädigung für 14 tägige militärische Wehrung.** Zum § 616 des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches bringt die „Kochener Post“ folgendes Urtheil des Solinger Gewerbegerichts. Der § 616 des B.G.B. bestimmt bekanntlich, daß „der zur Dienstleistung Verpflichtete des Anspruches auf die Vergütung nicht dadurch verlustig wird, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird“. Der beim Fabrikanten Dinger in Solingen beschäftigte Heizer Fußstrung glaubte auf Grund dieser Bestimmung, die durch seinen gegenseitigen Arbeitsvertrag aufgehoben war, einen Anspruch auf Lohn in Höhe von 27 Mark zu haben. Er mußte eine 14 tägige militärische Wehrung machen und erhielt hierfür vom Staat eine Unterstüfung von 15 Mark. Den Rest seines Lohnausfalles verlangte er nun von seinem Arbeitgeber. Das Gewerbegericht wies den Kläger mit seiner Forderung kostenpflichtig ab, und zwar erfolgte dieser Beschluß einstimmig. Ein Zeitraum von 14 Tagen sei, so hieß es in der Begründung, unstreitig eine erhebliche Zeit, für welche der Kläger seinen Anspruch auf Vergütung habe. Auch aus Billigkeitsgründen könne dem Kläger keine Entschädigung zugebilligt werden, da die Konsequenzen eines derartigen Urtheils nicht zu übersehen seien. Es kommt doch wohl unseres Erachtens darauf an: wie lange war der Heizer in dem Betriebe des Fabrikanten beschäftigt? War er mehrere Jahre dort in Stellung, so war aus Billigkeitsrücksicht die Entschädigung demselben zuzusprechen.

Mit dem § 616 haben die Gesetzgeber ein schönes Auktusel zur Welt gebracht, von dem keiner weiß, was er daraus machen soll. Was ist „eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit“? Der eine Richter urtheilt so, der andere so, was auch bei einer so unbestimmten Bezeichnung nicht anders sein kann. Die Unternehmer schämen sich gegen diesen angeblich arbeiterfreundlichen Paragraphen, so daß er dem Arbeiter öfter mehr Schaden als Nutzen bringt. Es wäre dringend zu wünschen, daß hier endlich eine feste Spruchpraxis zur Geltung gelangte.



**Rechtswidrige Beschränkung der Sonntagsversammlungen.** Durch Abhaltung einer öffentlichen Versammlung während des Hauptgottesdienstes am Sonntag sollte der Kaufmann Rupp aus Ulft die Vorschriften übertreten haben, die alle preussischen Verordnungen bezüglich der öffentlichen Versammlungen an Sonn- und Feiertagen enthalten. Die zum Schutze der äußeren Heiligkeit erlassenen Ober-Präsidentenverordnungen schreiben gleichlautend vor, daß öffentliche Versammlungen, welche nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, an bestimmten Feiertagen, z. B. Charfreitag und Bußtag, überhaupt nicht, an anderen Feiertagen und Sonntags nur nach Beendigung des Hauptgottesdienstes stattfinden dürfen. Das zuständige Landgericht verurtheilte R. zu einer Geldstrafe, das Kammergericht als Revisionsinstanz hob aber die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten frei, indem es begründend ausführte: Die Vorschrift, daß öffentliche Versammlungen, welche nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, an gewissen Feiertagen überhaupt nicht und an Sonntagen und anderen Feiertagen erst nach Beendigung des Hauptgottesdienstes stattfinden dürfen, sei rechtswidrig. Sie verstöße gegen die Artikel 29 und 30 der preussischen Verfassung. Darnach dürften Versammlungen von der Verwaltungsbehörde unter keinen Umständen wegen der Art der zu erörternden Angelegenheiten verboten werden. Das sei hier geschehen, indem das Verbot öffentlicher Versammlungen an bestimmten Feiertagen und die Beschränkung solcher Versammlungen an anderen Feiertagen und an den Sonntagen auf die Zeit nach dem Hauptgottesdienst sich auf die nicht den Gottesdienst betreffenden Angelegenheiten erstreckt. Somit dürften öffentliche Versammlungen Sonntags auch während und vor dem Hauptgottesdienst stattfinden, der Angeklagte müsse deshalb freigesprochen werden.

**Eine interessante Entscheidung über die Lohnzahlung.** Das Berliner Gewerbegericht hat kürzlich entschieden, daß die Lohnzahlung erst mit der Ueberreignung der betreffenden Geldstücke vollendet wird. Bloßes Hingabens des Geldes, dergestalt, daß nicht der Arbeiter, sondern ein Dritter, (z. B. ein Gastwirth oder sonstiger Gläubiger des Arbeiters) herantommt und das Geld einsteckt, befreit den Arbeitgeber nicht von seiner Lohnzahlung gegen den Arbeiter.

### Innungswesen.

**Fabrikbetrieb und Innungszwang.** Der Handelsminister hatte seiner Zeit im Reichstage erklärt, daß er die Frage der Heranziehung von Fabrikbetriebsleuten zu den Zwangsinnungen einer näheren Prüfung unterziehen wolle. Die Folgen dieser näheren Prüfung scheinen nunmehr zu Tage zu treten. Während man bisher annahm, daß die Regierungspräsidenten, in Berlin der Oberpräsident, die oberste und endgültigste Instanz in dieser Frage waren, gegen deren Einsicht es keine weitere Berufung gäbe, zeigt folgendes Schreiben, daß eine Beschwerde an den Minister wohl von Erfolg begleitet sein kann. Eine dieselbe bekannte Firmenschildfabrik war, wie der „Confektionär“ erzählt, zur Zwangsinnung der Maler herangezogen und ihr Protest dagegen vom Oberpräsidenten abgewiesen worden. Auf ihre Beschwerde beim Minister erhielt nunmehr die Firma folgendes Schreiben des Oberpräsidenten: „Auf die Beschwerde vom 1. März d. J. über meine Entscheidung vom 4. Oktober 1900, durch die Sie für verpflichtet erachtet sind, der Maler-Zwangsinnung in Berlin als Mitglied anzugehören, hat der Herr Minister für Handel und Gewerbe bestimmt, daß Ihr Betrieb als ein fabrikmäßig betriebenes Unternehmen anzusehen ist. Ich hebe deshalb meine obige Entscheidung auf und setze hiermit fest, daß Sie nicht verpflichtet sind, der Maler-Zwangsinnung anzugehören.“

Wenn verschiedene Betriebe in unserem Berufe diese Entscheidung benutzen wollten, könnten sie auch leicht „innungsfrei“ werden.

### Gewerkchaftliches.

Ein Verband der **Stimmen-, Blätter- und Federarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands** tritt am 1. Januar ins Leben. Sitz ist Berlin. \* Der Verband der **Strawens- und Giseleure** hielt vom 16.—21. November in Stuttgart seine dritte Generalversammlung ab. \* Der Verband der **Maler** nahm in diesem Quartal an Beiträgen 58 148,10 M., an Eintrittsgeldern 1918,40 M. ein. \* Die Hamburger Parteigenossen haben die widerspenstigen

Arbeitslosen aus der Parteioffiziersorganisation hinausgeworfen. \* Die Berliner **Capshorer** haben mit ihren Meistern vereinbart, in Anbetracht der jetzt schon ungewöhnlich großen, in den kommenden Monaten bis zur Frühjahrssaison sicher noch steigenden Arbeitslosigkeit, überall da, wo Arbeitsentlassungen vorgenommen werden sollen, den Prinzipalen die Verkürzung der Arbeitszeit bezw. Schichtwechsel vorzuschlagen, um so der Vereitelung weiterer Kriege entgegenzuarbeiten und einen außergewöhnlichen Nothstand vom Gewerbe während des Winters fernzuhalten.

### Allerlei.

Der Plan der Boykottirung der englischen Handelsschiffe ist aufgegeben worden. \* Die Einföhrung von Dikien für Reichstagsabgeordnete, der man einigermaßen sicher entgegen sah, wird nach einer Mittheilung der „Deutschen Tageszeitung“ an der Entschlossenheit der Mehrzahl der verhandelteten Fürsten, der König von Preußen an der Spitze, einer weiteren Demokratisirung der Reichsverfassung auf Kosten der Stellung und der Rechte der Bundesfürsten mit voller Bestimmtheit abzulehnen, scheitern. \* Der König von Preußen will haben, daß Bdin, Krefeld und andere Städte nicht mit B sondern mit C geschrieben werden. \* Verschiedene nationale Blätter regen sich darüber auf, daß der österreichische Kronprinz bei einem Besuche beim deutschen Kaiser keine Uniform angezogen hätte. \* Nach einem Geheimen, aber doch bekannt gewordenen Bericht eines französischen Generals haben christliche Missionare in China die Soldaten zu Pfländerungen angehalten und ihnen ihren Lohn dafür in Geld ausgegahlt. \* Um das Handschuhmachergewerbe zu heben, plant die Genossenschaft der Prager Handschuhfabrikanten bei der österreichischen Regierung eine Eingabe zu machen, nach welcher diese die Besucher von Mittelschulen zum Tragen von Handschuhen veranlassen soll. \* Die Firma Karl Zeiss in Jena, die mit der Einföhrung des achtstündigen Arbeitstages so gute Erfolge erzielt hat, hat auch eine Gewinnbetheiligung der Arbeiter, die nicht von irgend welchen Nebenrückichten dikirt worden ist. Für das abgelaufene Geschäftsjahr beträgt die Dividende, welche von der Firma an ihre Arbeiter bezahlt wird, 10 pCt., was einer Summe von 165 000 M. gleichkommt. \* In Ulft und Breslau verfuhr die Polizei, die dort errichteten Gewerkschaftshäuser durch Verweigerung der Schankkonzession unrentabel zu machen. \* Der Reichstag ist in die Beratung der Zollvorlage eingetreten; eine Abstimmung hat noch nicht stattgefunden.

### Bücherschau.

**Communale Praxis**, erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Preis vierteljährlich eine Mark. Verlag von Raben & Comp., Dresden.

Ein Abonnement auf diese Zeitschrift kann jedem Kollegen empfohlen werden, der als Stadtrath oder Gemeindevorsteher an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten betheilig ist.

**Modernes Wagen.** Sammlung moderner Wagenzeichnungen, für die Praxis herausgegeben von Max Reinsch. Verlag von Otto Walter, Ravensburg. 12 Tafelungen à 1,50 Mark.

Jeft 1 enthält 8 kleine Tafeln mit je einem Landauer; diejen ist eine 5 Seiten umfassende Beschreibung beigegeben. Die Tafeln mögen für den selbständigen Wagenbauer nicht ohne Werth sein, aber jedenfalls ist der Preis von 18 Mark für die zwölf dünnen Blätter viel zu hoch.

**Modernes Geschäftswagen.** Verfasser, Verlag, Preis und Ausstattung wie vorher. Urtheil ebenfalls wie vorher.

**Österreichischer Arbeiter-Kalender für das Jahr 1902.** Verlag von Jgna, Brand, Wien. Preis 80 Heller. Kann unseren österreichischen Lesern empfohlen werden.

### Briefkasten.

J. S. Die Frage der Gaueinteilung kam nach unserer Ansicht erst auf der nächsten General-Versammlung entschieden werden. Die jetzige Art der Abhaltung in durch die letzten General-Versammlungen geschaffen worden und kann nur durch eine Urabstimmung oder durch eine General-Versammlung umgeändert werden. In der vorliegenden Frage ist eine Ueberführung keineswegs am Plage, denn es giebt auch genügend Gründe gegen die vorgeschlagene Gaueinteilung. Wenn andere Verbände, die fast in jeder Mittelstadt eine größere Anzahl Mitglieder haben und sich dabei auch thünen, Gaueinteilung mit beschließen einmal in einer Mittelstadt genügend Kollegen zum Tragen bei uns, wo diese nicht einmal in einer Mittelstadt genügend Kollegen zur Gründung einer Verwertungsstelle vorhanden sind, der Werth zweifelhaft sein.

## Anzeigen.

**Verband der Sattler Deutschlands.**  
Filiale Berlin.

Donnerstag, den 26. Dezember 1901  
(2. Weihnachtstestertag):

**Weihnachts-Gränzen**  
im **Gewerkchaftshaus**, Engel-Ufer 15  
(Großer Saal).

Eintritt 5 Hrs. Entree 30 Hrs.

Ein mit Rundschau bekannter **Reisender** sucht für **Sachsen** und **Schlesien** nach **Lehrer** zu vertreten. Off. unt. **C. S. 2005** Annor. Exped. **C. Schönwald, Grlitz**, erdten.

**Decorations-Zuschneide-Lehre!**

Neht fast Methode n. d. 23 Stigen. Preis 1 Mark, gegen Rücknahme oder Einzahlung des Betrages in Marken befreit. **H. Geer, Decouper, Frankfurt a. M., Alleepl. 78** oder die Exped. d. Bl.

Anträge auf **Lebens- u. Feuer-Versicherung** u. übernimmt **Georg Staudts**, Berlin SO., Engel-Ufer 15, Gewerkchaftshaus.

**Ladewig's Bier-Stuben**

Commandantenstr. 65.  
Vorzügliches Weiß- und Bairisch-Bier.  
Vergnügungsort für 40 Personen.  
Franz Willard. Telefon.  
Zustelle der „Frieden Postkammer“.

Verantwortlicher Redakteur: **Job. Cassenbach**, Berlin, Engel-Ufer 15. — Druck: **Wauer & Dimmid**, Berlin S., Doutsen-Ufer 11.